

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

06
25

Séance du conseil communal
du 10.07.2025

DE

Gemeinderatssitzung
vom 10. Juli 2025

P04

FR

Séance du conseil communal
du 10 juillet 2025

P16

EN

Municipal Council meeting
of 10 July 2025

P27



1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

+352 31 02 62 - 1

reception@strassen.lu

www.strassen.lu

Commune de Strassen

Strassen_Stroossen

CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Letzebuerg

PacteClimat
Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL



PUNDEL Nico

Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty

Échevine - LSAP



AREND Anne

Échevine - CSV



BESTGEN-MARTIN Maryse

Échevine - déi Gréng



BRAUN Laurent

Conseiller - CSV



GIERENZ Tun

Conseiller - CSV



BUTLER Andrew

Conseiller - CSV



ROOB Jean Claude

Conseiller - LSAP



KLENSCH Paul

Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie

Conseillère - déi Gréng



FISCHER Marc

Conseiller - DP



DIESCHBURG-NICKELS Martine

Conseillère - DP



THEIN Daniel

Conseiller - DP



KANDEL Nicolas

Conseiller - DP



JØRGENSEN Lise

Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 10. Juli 2025

TAGESORDNUNG

1. Genehmigung einer Vereinbarung mit der FONDATION CANCER Luxembourg.
2. Bestätigung von zeitlich befristeten Verkehrsreglements.
3. Genehmigung der notariellen Urkunde über die Immobilienversteigerung vom 16.06.2025.
4. Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Regenwasserableitung – Stroossen 2030.
5. Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Erweiterung des Rathauses.
6. Verabschiedung eines Mietvertrags.
7. Genehmigung von Mietverträgen.
8. Ernennungen und Rücktritte in den lokalen beratenden Kommissionen.
9. Punktuelle Änderung des Reglements über Mietkautionen.
10. Beschluss im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem Sozialamt und dem Roten Kreuz.
11. Grundsatzentscheidung über die Formulierung einer Beschwerde im Rahmen der öffentlichen Anhörung zu den Lärmschutzplänen.
12. Wohnen:
 - a) Genehmigung einer Vereinbarung mit dem Ministerium für Wohnungsbau
 - b) Genehmigung einer Abrechnung für außerordentliche Arbeiten
13. Urbanismus:
 - a) Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts
 - b) Beschluss bezüglich eines Antrags auf Parzellierung
- 13bis. Antrag der DP-Fraktion zur Digitalisierung von Anwohnerparkausweisen und öffentlichen Parkplätzen.
14. Personalangelegenheiten:
 - a) Genehmigung des Nachtrags Nr. 2 zum Tarifvertrag für Beschäftigte für manuelle Arbeiten der Gemeinde
 - b) Schaffung einer Stelle für einen Beschäftigten für manuelle Arbeiten für die Bedürfnisse des Regiebetriebs

- c) Entscheidung im Rahmen eines Antrags auf Versetzung in den Ruhestand (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)
- d) Besetzung der freien Stelle eines Gemeindebeamten bei der Gemeindekasse (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

15. Verschiedenes.

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng); Jean Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) teilt mit, dass die ursprüngliche Tagesordnung um einen zusätzlichen Punkt ergänzt wurde, der von der DP-Fraktion eingebracht wurde: es handelt sich um einen Antrag zur Digitalisierung von Anwohnerparkausweisen und Parkuhren. Dieser Antrag wird als Punkt 13bis behandelt.

1. Genehmigung einer Vereinbarung mit der FONDATION CANCER Luxembourg.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt die Vereinbarung mit der Fondation Cancer Luxembourg vor, die darauf abzielt, Strassen im Rahmen der Initiative „Generation ohne Tabak“ zu einer rauchfreien Gemeinde zu machen. Das Schöffenkollégium schlägt vor, diese Vereinbarung zu unterzeichnen, die es in mehrfacher Hinsicht für vorteilhaft hält, insbesondere wenn es darum geht:

- junge Menschen vor Passivrauchen zu schützen und eine rauchfreie Umgebung zu fördern,
- für die mit dem Tabakkonsum verbundenen Probleme im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu sensibilisieren,

- Abfall zu reduzieren, insbesondere Zigarettenskippen, die im öffentlichen Raum weggeworfen werden.

Die Gemeinde erhält zunächst das Label „Bronze“, das bestimmte Verpflichtungen mit sich bringt, darunter die Ernennung eines Projektleiters (dies wird Ben Boulanger sein), eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation, die Festlegung von Nichtraucherzonen, die Durchführung von Informationskampagnen und das Anbieten von Alternativen für Raucher. Auch den Mitarbeitern werden Beratungen angeboten, um sie bei der Raucherentwöhnung zu unterstützen.

Der Bürgermeister erklärt, dass ein Erreichen der Ebenen „Silber“ und „Gold“ kurzfristig möglich ist, insbesondere mittels verstärkter Maßnahmen in Schulen und öffentlichen Gebäuden.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) begrüßt die Initiative und wirft eine Frage zu den Zigarettenskippen auf, die in öffentlichen Mülleimern entsorgt werden, was sie für ein potenzielles Sicherheitsrisiko hält, wenn die Zigarettenskippen nicht vollständig ausgedrückt sind.

Die Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) erwidert, dass demnächst neue Abfallbehälter aufgestellt werden, die für diese Art von Abfall besser geeignet sind.

Der Gemeinderat Marc Fischer (DP) erkundigt sich, ob es sich bei den rauchfreien Zonen um ein informelles Verbot handelt, oder ob bei Nichteinhaltung Sanktionen verhängt werden. Der Bürgermeister präzisiert, dass in den Schulbereichen bereits ein striktes Verbot gilt. An anderen als rauchfrei ausgewiesenen Orten (im Umfeld von kommunalen Gebäuden, Parks usw.) werde es eine eindeutige Beschilderung geben, jedoch keine formellen Sanktionen, da diese nur bestimmten befugten Behörden vorbehalten seien.

Herr Fischer präzisiert daraufhin seine Frage: Was passiert, wenn ein Elternteil trotz der Beschilderung vor der Schule dort eine Zigarette raucht? Der Bürgermeister bestätigt, dass er in diesem Fall mündlich intervenieren würde, dass aber kein offizielles Protokoll erstellt würde.

Der Gemeinderat stimmt der Vereinbarung einstimmig zu.

2. Bestätigung von zeitlich befristeten Verkehrsreglements.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) informiert den Gemeinderat, dass acht zeitlich befristete Verkehrsreglements zu bestätigen sind. Es handelt sich hierbei um technische Entscheidungen, die punktuelle Änderungen des Verkehrsverlaufs im Rahmen von Bauarbeiten oder verschiedenen Veranstaltungen betreffen.

Die Bestätigung der befristeten Reglements wird einstimmig angenommen.

3. Genehmigung der notariellen Urkunde über die Immobilienversteigerung vom 16.06.2025.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) geht auf die Hintergründe der Immobilienversteigerung ein, an der die Gemeinde am 16. Juni 2025 teilgenommen hat und bei der mehrere Grundstücke versteigert wurden.

Einer der Verkäufer, ein privater Eigentümer, versuchte, alle seine zum Verkauf stehenden Grundstücke zurückzuerhalten, indem er ein Rücktrittsrecht auf fast alle Parzellen ausübte, mit Ausnahme von zweien – eine davon wurde von der Stadt Luxemburg erworben, die andere von der Gemeinde Strassen.

Für letztere hatte die Gemeinde zuvor ein Angebot in Höhe von 2.420.000 € abgegeben, konnte das Grundstück jedoch schließlich für einen geringeren Betrag von 2.350.000 € erwerben. Mit den mit der Versteigerung verbundenen Kosten in Höhe von 6 % belaufen sich die Gesamtkosten auf 2.491.000 €. Das betreffende Grundstück befindet sich auf der gegenüberliegenden Seite der Parzelle, die die Gemeinde bereits früher im laufenden Jahr erworben hat, und bildet nun ein zusammenhängendes Ganzes für künftige Projekte.

Der Bürgermeister betont, dass die Gemeinde nicht die Absicht hatte, auf die anderen angebotenen Grundstücke zu bieten, sondern sich auf die vorrangige Parzelle konzentrierte, die sie erwerben konnte.

Die notarielle Urkunde wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Regenwasserableitung – Stroossen 2030.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) leitet diesen Punkt ein und erklärt, dass die betreffenden Arbeiten Teil des Gesamtprojekts „Stroossen 2030“ sind und in engem Zusammenhang mit dem Bau der zukünftigen Schule stehen. Es geht um die Schaffung einer Regenwasserachse, um so eine getrennte Regenwasserbewirtschaftung in der Logik des Trennsystems zu gewährleisten.

Die Regenwasserleitung beginnt in der Höhe und verläuft entlang des natürlichen Gefälles des Geländes um dann an ein bestehendes Netz in der Nähe des Rathauses angeschlossen zu werden. Im Rahmen dieser Arbeiten sind ebenfalls vorgesehen:

- die Verlegung eines Kabelschachts für ein Stromkabel im Hinblick auf die Installation einer neuen Schalttafel,
- der Einbau der Verkabelung für die POST,
- die Vorbereitung einer neuen Bushaltestelle, die in der Nähe der zukünftigen Schule als Schnittstelle für die Schüler dienen wird.

Die geschätzten Kosten für sämtliche Arbeiten belaufen sich auf 2.180.000 €.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) erkundigt sich nach dem genauen Bereich, der von den Arbeiten betroffen ist und deren Verbindung mit dem Stromnetz. Der Bürgermeister bestätigt, dass alle damit zusammenhängenden Arbeiten (Regenwasser, Verkabelung, Busanbindung) gleichzeitig in der betreffenden Zone durchgeführt werden.

Sie erkundigt sich auch, ob die Baustelleneinrichtungen für die künftigen Arbeiten im Zusammenhang mit der Schule vor Ort verbleiben werden. Der Bürgermeister antwortet, dass dies noch geprüft werden muss, die Bauarbeiten mit Bezug auf das Regenwasser aber vor Beginn der Hauptbaustelle für die Schule abgeschlossen sein werden, um zu vermeiden, dass es zu Interferenzen kommt.

Der Gemeinderat Tun Gierenz (CSV) erkundigt sich nach dem Zeitplan. Der Bürgermeister präzisiert, dass die Arbeiten in Kürze vorgelegt werden und dass der tatsächliche Arbeitsbeginn wahrscheinlich erst im Jahr

2026 stattfinden wird, sobald die Ausschreibungen abgeschlossen sind.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist nachdrücklich darauf hin, dass es wichtig ist, den Verkehrsfluss und die Erreichbarkeit während der Bauarbeiten zu gewährleisten. Der Bürgermeister erklärt, dass eine neue Bushaltestelle eingerichtet werde, insbesondere um die Schüler vor Ort zu bringen, die dann zu Fuß zur künftigen Schule gehen würden.

Der Kostenvoranschlag wird einstimmig genehmigt.

5. Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Erweiterung des Rathauses.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt das Projekt zur Erweiterung des Rathauses vor, das Teil des Gesamtprojekts „Stroossen 2030“ ist. Er verweist darauf, dass das Verwaltungsgebäude bereits jetzt zu klein sei und ein neuer Flügel gebaut werden müsse, um den Anforderungen in Zukunft gerecht werden zu können, vor allem in Hinblick auf das Bevölkerungswachstum.

Dieses neue Gebäude, das von „petitcarrée architectes“ entworfen wurde, würde direkt neben dem derzeitigen Rathaus errichtet, ohne dass eine Überschneidung mit dem Park oder der künftigen Schule stattfindet. Die Wahl des Standorts ist das Ergebnis einer integrierten Analyse, die im Rahmen des Architekturwettbewerbs für die neue Schule durchgeführt wurde.

Die Erweiterung besteht aus:

- einem Erdgeschoss für den Publikumsverkehr,
- vier Stockwerken mit Büros für die Gemeindedienste,
- und einem fünften Stockwerk, das dem Schöffenkolegium vorbehalten ist.

Das Gebäude verfügt über eine Betonstruktur für die vertikalen Erschließungen, während der Rest in Holzrahmenbauweise ausgeführt wird, was eine modulare und nachhaltige Bauweise ermöglicht. Zudem ist im Untergeschoss ein Technikraum vorgesehen sowie auf dem Dach ein Bereich für technische Anlagen.

Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 26 Millionen Euro, wobei der Bürgermeister erklärt, dass 45 % dieses Betrags gemäß einer neuen fairen Politik des Innenministeriums durch staatliche Subventionen gedeckt werden sollen. Rückwirkende Beihilfen könnten auch für Projekte beantragt werden, die vor dem offiziellen Inkrafttreten des neuen Subventionsrahmens in Angriff genommen wurden.

Der Gemeinderat Marc Fischer (DP) äußert starke Vorbehalte hinsichtlich des Standorts und des Umfangs des Projekts und bedauert, dass es zuvor keine Aussprache über andere Alternativen gegeben habe, die doch in den Wettbewerben oder partizipativen Workshops angesprochen wurden. Er betont die Notwendigkeit eines mit dem Dorfzentrum besser integrierten Projekts mit einer kohärenten städtebaulichen Vision. Seiner Ansicht nach entspricht das Gebäude, so, wie es hier vorgestellt wurde, nicht den Erwartungen der Bürger, die in den Workshops zum Ausdruck gebracht wurden, insbesondere was den Wunsch nach Erhalt eines grünen Korridors und eines offenen öffentlichen Raums angeht.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) schließt sich diesem Standpunkt an. Sie ist der Ansicht, dass der Konsultationsprozess nicht ausreichend vertieft wurde und dass die Erweiterung die landschaftliche und städtebauliche Vision des Dorfkerns von Straßen beeinträchtigen würde. Sie erwähnt auch, dass nicht über Alternativen gesprochen wurde, wie der Bau einer Tiefgarage oder anderer Stellplätze. Sie zeigt sich besorgt über den Mangel an ökologischer Kontinuität und Grünflächen und fordert, eine Pause einzulegen, um das Projekt neu zu bewerten, ohne jedoch die Notwendigkeit der Erweiterung in Frage zu stellen.

Der Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) kritisiert, dass die Gemeinde eine Gebäudehöhe genehmigt, die sie selbst in der Vergangenheit privaten Bauträgern zum Vorwurf gemacht hat. Er bedauert dies, da er als es als Doppelmoral empfindet, und ist der Meinung, dass das Projekt mit seinen sechs Stockwerken das Aussehen des Dorfkerns stark beeinträchtigt.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass das Projekt im Rahmen der „Grands Projets“-Sitzungen mehrfach vorgestellt wurde und der Standort immer

klar angegeben wurde. Er räumt ein, dass sich die Höhen geändert haben, betont jedoch die Notwendigkeit, jetzt mit den Bauarbeiten zu beginnen, um den Bedürfnissen der nächsten Jahrzehnte gerecht werden zu können. Er versichert außerdem, dass die Anlage die neue Schule nicht verdeckt und die festgelegten Perspektiven einhält.

Auch Gemeinderat Laurent Braun (CSV) verteidigt das Projekt und erklärt, dass es nicht in genutzte Grünflächeneingreift und die Kontinuität der Landschaft gewahrt bleibt. Er unterstreicht die funktionale und städtebauliche Kohärenz der vorgeschlagenen Lösung.

Das Gemeinderatsmitglied Anne-Marie Linden (déli Gréng) rechtfertigt den ökologischen Ansatz des Projekts und erinnert daran, dass Hochbau nachhaltiger ist als Flächenbau und dass das genutzte Grundstück bereits weitgehend versiegelt ist. Sie lehnt die Idee ab, unterirdische Parkplätze zu bauen, da diese weniger umweltfreundlich sind.

Es folgt eine längere Debatte über die Arbeitsweise des Gemeinderates, wobei mehrere Gemeinderatsmitglieder (insbesondere Paul Klensch, LSAP) fordern, dass künftige Projekte bereits in der Entwurfsphase offener zur Diskussion gestellt werden sollten und dass dem Gemeinderat oder sogar den Einwohnern mehrere Varianten vorgelegt werden sollten.

Die Gemeinderatsmitglieder Martine Dieschburg-Nickels (DP), Marc Fischer (DP), Lise Jørgensen (DP), Nicolas Kandel (DP) und Daniel Thein (DP) stimmen gegen das Projekt. Alle anderen Gemeinderatsmitglieder stimmen dafür. Der Kostenvoranschlag wird somit mehrheitlich angenommen.

6. Verabschiedung eines Mietvertrags.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) informiert den Gemeinderat, dass es sich hierbei um die Verlängerung eines Mietvertrags für ein Gartengrundstück handelt, welches an ein Grundstück in der Rue Henri Dunant angrenzt. Dieses Grundstück, das sich innerhalb der Gemeindegärten befindet, wurde in der Vergangenheit immer von den ehemaligen Eigentümern für private Zwecke hinter dem Haus gemietet.

Nach dem Verkauf dieses Grundstücks haben die neuen Eigentümer die Gemeinde gebeten, diesen Garten weiterhin pachten zu dürfen.

Das betreffende Grundstück hat eine Fläche von 0,55 Ar und die jährliche Miete beträgt 6,88 Euro, berechnet auf der Grundlage einer Gebühr von 12,50 Euro pro Ar.

Der Vertrag wird einstimmig angenommen.

7. Genehmigung von Mietverträgen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) informiert den Gemeinderat, dass es darum geht, einen neuen Mietvertrag für eines der kommunalen Tiny Houses zu genehmigen. Da die bisherigen Mieter ausgezogen sind, hat die Gemeinde Herrn Bruno Dutra da Cunha die Anmietung angeboten.

Die monatliche Miete beträgt 800 € zuzüglich Nebenkosten, entsprechend den zuvor für diese Art von Unterkunft festgelegten Bedingungen.

Was das Vergabeverfahren angeht, so weisen die Mitglieder des Schöffengerichtes darauf hin, dass alle Personen auf der Warteliste erneut kontaktiert wurden. Die meisten von ihnen hatten jedoch zwischenzeitlich eine andere Lösung gefunden.

Daraufhin kommt es zu einer Diskussion über die Erkenntnisse, die aus den Erfahrungen mit den Tiny Houses gewonnen wurden: Einige Gemeinden haben gerade erst mit ihren Projekten begonnen, während Strassen mit einer bereits installierten Einheit und mehreren in Planung befindlichen Einheiten weiterhin führend ist.

Die in einem früheren Fall aufgetretenen Feuchtigkeitsprobleme waren auf eine schlechte Belüftung durch die Mieter zurückzuführen und nicht auf einen strukturellen Mangel. Mehrere Gemeinderatsmitglieder schlagen vor, künftigen Mietern eine schriftliche Vorlage oder ein Merkblatt mit bewährten Praktiken auszuhändigen (z. B. regelmäßig gut lüften, Heizungs- oder Lüftungssysteme nicht blockieren).

Der Vertrag wird einstimmig vom Gemeinderat angenommen.

Der zweite Teil von Punkt 7 der Tagesordnung betrifft die Genehmigung eines Muster-Mietvertrags für bezahlbaren Wohnraum in der Gemeinde. Es geht darum, ein erstes, von einem Anwalt erstelltes Exemplar zu validieren, das dann als Vorlage für alle Mietverträge für diesen spezifischen bezahlbaren Wohnraum dienen soll. Es geht darum, dieses Instrumentarium rechtlich und administrativ zu strukturieren und gleichzeitig den künftigen Mietern eindeutige und faire Rahmenbedingungen zu bieten.

Der Vertrag in der vorliegenden Form umfasst alle wesentlichen Elemente: die Bezeichnung der Wohnung, die Haushaltszusammensetzung, das Verbot der Untervermietung und der dauerhaften Unterbringung Dritter, die Bedingungen für die Instandhaltung der Immobilie sowie die Pflichten des Mieters. Die monatliche Miete kann jedes Jahr zum 1. Mai angepasst werden, und es wird eine Mietkaution in Höhe von zwei Monatsmieten verlangt.

Das Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) begrüßt die Formalisierung dieses Dokuments und betont, dass ein klar definierter Rahmen nicht nur für die Gemeinde von Vorteil ist, sondern auch für die Mieter, die somit durch einen präzisen Vertrag geschützt sind.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist darauf hin, dass in früheren Verträgen dieser Art der genaue Betrag der Mietkaution immer schwarz auf weiß angegeben war, und schlägt vor, dies auch hier zu tun und den genauen Betrag ausdrücklich hinzuzufügen. Der Bürgermeister nimmt diesen Vorschlag zur Kenntnis, weist jedoch darauf hin, dass Redundanzen vermieden werden sollten, da diese bei Aktualisierungen zu Fehlern führen könnten.

Der Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) schlägt seinerseits eine technische Lösung vor: die Verwendung dynamischer Felder in den Dokumenten (Smart Fields), die es ermöglichen würden, die korrekten Beträge automatisch in sämtliche Vertragsexemplare einzufügen, wodurch Kohärenz und Zuverlässigkeit gewährleistet und gleichzeitig die Verwaltungsarbeit vereinfacht würden.

Schließlich schlägt der Bürgermeister vor, den Vertrag nicht in dieser Sitzung zur Abstimmung zu bringen.

Das Dokument wird unter Berücksichtigung der vorgebrachten Anmerkungen überarbeitet und dann in der nächsten Sitzung erneut vorgelegt. Durch diese Vorgehensweise wird sichergestellt, dass der Vertrag den rechtlichen, praktischen und menschlichen Erwartungen in Zusammenhang mit der Verwaltung von bezahlbarem Wohnraum in vollem Umfang entspricht.

Die Abstimmung wird daher auf die nächste Sitzung verschoben.

8. Ernennungen und Rücktritte in den lokalen beratenden Kommissionen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) teilt den Gemeinderatsmitgliedern mit, dass die DP-Fraktion einen Wechsel vorschlägt, bei dem Alexandre Titeux durch Wenceslas Schommer in der beratenden Kommission für Verkehr und städtische Mobilität ersetzt werden soll.

Die Abstimmung erfolgt geheim und führt zu einer einstimmigen Entscheidung des Gemeinderats zugunsten dieser Änderung.

Anzumerken ist, dass Gemeinderatsmitglied Jean Claude Roob (LSAP) die Sitzung zu diesem Zeitpunkt aus gesundheitlichen Gründen verlässt.

9. Punktuelle Änderung des Reglements über Mietkautionen.

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt eine punktuelle Änderung des Reglements über Mietkautionen vor. Sie verweist darauf, dass eine Reihe von Kautionen bereits in der Sitzung vom 28. März des Vorjahres vom Gemeinderat genehmigt worden waren, insbesondere für Material wie Verkehrskegel, Schilder, Absperrungen, Wasserzähler oder auch für die Kennzeichnung von Baustellen.

Ein Element war jedoch in der ursprünglichen Liste übersehen worden: die von der Gemeinde bei punktuellen Veranstaltungen wie Nachbarschaftsfesten zur Verfügung gestellten Mülltonnen. Sie weist darauf hin, dass diese Mülltonnen in einigen Fällen nach Gebrauch nicht zurückgegeben werden, was zu Verlusten für die Gemeinde führt. Um dies zu vermeiden, wird nun vorgeschlagen, für diese Art von Leihgabe eine

spezielle Kaution in Höhe des Wertes der Mülltonne zu erheben.

Die Gemeinderatsmitglieder stimmen dieser Änderung einstimmig zu.

10. Beschluss im Rahmen einer Vereinbarung zwischen dem Sozialamt und dem Roten Kreuz.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) erinnert daran, dass die erste Vereinbarung zwischen den beiden Parteien im Jahr 2011 geschlossen wurde. 2014 folgte eine zweite Vereinbarung mit einigen Anpassungen. Die aktuelle Vereinbarung ist somit eine überarbeitete Fassung, die an die aktuellen Gegebenheiten angepasst wurde und mehr Klarheit in Bezug auf bestimmte operative Aspekte schafft.

Zu den wichtigsten Änderungen gehört die Anpassung der Zahlungsmodalitäten. Bislang wurden die Vorschüsse in drei Tranchen ohne genauen Zeitplan ausbezahlt, was manchmal zu Liquiditätsproblemen für das Rote Kreuz führte. Künftig sind zwei Vorschüsse vorgesehen: Der erste in Höhe von 50 % des Budgets ist spätestens am 1. April zu zahlen, der zweite in Höhe von 30 % vor dem 30. Oktober. Diese Änderung soll eine reibungslosere Finanzverwaltung für den Partner gewährleisten.

In Artikel 2 wurde außerdem ein neuer Absatz aufgenommen, um die Zusammenarbeit zwischen dem Roten Kreuz und dem Sozialamt im Rahmen von Projekten zur sozialen Wiedereingliederung, insbesondere in Verbindung mit der ADEM, zu präzisieren.

Darüber hinaus wird in der Vereinbarung auch die Methode zur Berechnung der Gehälter aktualisiert: Sie gründet sich nunmehr auf einen nationalen Durchschnittswert der in den Sozialämtern gezahlten Gehälter, um erhebliche Haushaltsunterschiede je nach Profil (Junior oder Senior) der beschäftigten Sozialarbeiter zu vermeiden.

Eine weitere wichtige Ergänzung betrifft den Datenschutz: Entsprechend den Anforderungen der DSGVO wurden detaillierte Bestimmungen aufgenommen, während die vorherigen Vereinbarungen in diesem Punkt weniger Klarheit boten.

Die Schöffin nutzt die Gelegenheit auch, um einen Überblick über die laufenden Sozialprojekte zu geben, insbesondere über diejenigen, die von der Gemeinde unterstützt werden. Sie erwähnt unter anderem „D'Stuff“, einen Treffpunkt für Frauen, der verschiedene Aktivitäten wie Näh- und Frisierworkshops, Yogastunden oder Gesprächsrunden in französischer, englischer oder luxemburgischer Sprache anbietet. Derzeit vertreten die Teilnehmerinnen nicht weniger als 23 verschiedene Nationalitäten, was die Vielfalt und Inklusivität des Projekts unterstreicht.

Sie erwähnt auch die Entwicklung der Projekte „Gutt Geschier“ und „GiveBox“ auf dem Gelände Haff A Schmatts. Für diese Initiativen werden Möbel wiederverwendet, die man von der Universität Luxemburg erhalten hat. Die dort abgegebenen Gegenstände werden sortiert, instand gesetzt und an Bedürftige weitergegeben. Diese Maßnahme ist Teil eines Ansatzes der auf Kreislaufwirtschaft und Solidarität setzt.

Abschließend betont sie die Bedeutung der individuellen Betreuung der Begünstigten und hebt die Arbeit vor Ort hervor, die von Mitarbeitern wie Herrn Romanelli geleistet wird, der im Rahmen des EMI-Vertrags mehrere Tage pro Woche an den verschiedenen Standorten tätig ist.

Der Bürgermeister dankt der Schöffin für diesen Überblick und fordert die Gemeinderatsmitglieder auf, über die Genehmigung der neuen Vereinbarung abzustimmen.

Der Gemeinderat nimmt die Vereinbarung einstimmig an.

11. Grundsatzentscheidung über die Einreichung einer Beschwerde im Rahmen der öffentlichen Anhörung zu den Lärmschutzplänen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass der Gemeinderat aufgefordert ist, sich zur Zweckmäßigkeit einer offiziellen Stellungnahme der Gemeinde zu äußern, insbesondere im Zusammenhang mit den Lärmbelastigungen bestimmter schulischer Einrichtungen. Er stellt klar, dass es sich zum jetzigen Zeitpunkt nur um eine Grundsatzvereinbarung handelt, um die notwendigen administrativen Schritte einzuleiten,

damit innerhalb der im laufenden Verfahren vorgesehenen Fristen eine formelle Beschwerde eingereicht werden kann.

Der endgültige Wortlaut dieser möglichen Beschwerde wird von den Dienststellen der Gemeinde auf Grundlage der bevorstehenden politischen Diskussionen ausgearbeitet. Eine endgültige Fassung könnte dann dem Gemeinderat in einer seiner nächsten Sitzungen, voraussichtlich im September oder Oktober, vorgelegt werden.

Dieser erste Schritt zielt also darauf ab, einen klaren und gemeinsamen Rahmen zu schaffen, der es der Gemeinde ermöglicht, die Interessen der Bürger, insbesondere der Kinder, die Einrichtungen in lärmbelasteten Gebieten besuchen, bestmöglich zu vertreten.

Die Grundsatzentscheidung wird einstimmig angenommen.

12. Wohnen:

a) Genehmigung einer Vereinbarung mit dem Ministerium für Wohnungsbau

Die Schöffin Anne Arend (CSV) stellt die Vereinbarung vor, die mit dem Ministerium für Wohnungsbau im Rahmen der Gewährung einer Beihilfe für eine von der Gemeinde im Rahmen eines Teilbebauungsplans erworbene Wohnung unterzeichnet werden soll. Sie weist darauf hin, dass die Unterzeichnung dieser Vereinbarung unerlässlich ist, um die finanzielle Beteiligung des Staates in Höhe von insgesamt 311.703 Euro zu erhalten, die 75 % der Grundstückskosten (d. h. 51.882 Euro) und 75 % der Baukosten (d. h. 259.821 Euro) abdeckt. Im Gegenzug verpflichtet sich die Gemeinde, die Wohnung für einen Zeitraum von mindestens 40 Jahren im Bestand an bezahlbarem Wohnraum zu lassen, sie im nationalen Register für bezahlbaren Wohnraum (RENLA) zu melden und alle Bedingungen der Maßnahme einzuhalten, einschließlich des Vorkaufsrechts des Staates im Falle eines Weiterverkaufs.

Sie ergänzt, dass dieses Dossier aufgrund von Verzögerungen bei der Fertigstellung des vertikalen Katasters des betreffenden Teilbebauungsplans (PAP) erst kürzlich abgeschlossen werden konnte. Die betreffende

Wohnung wird bereits von einer Familie bewohnt, und die Schritte zur Abrechnung der Beihilfe können nun eingeleitet werden.

Der Gemeinderat stimmt dieser Vereinbarung einstimmig zu.

b) Genehmigung einer Abrechnung für außerordentliche Arbeiten

Schöffin Anne Arend (CSV) fährt fort mit der Genehmigung einer Abrechnung von Arbeiten, die unter das Budget „Erwerb von Sozialwohnungen PAP“ fallen. Es handelt sich hauptsächlich um die Endabrechnung für die im Rahmen des Teilbebauungsplans (PAP) „Rackebierg“ erworbenen Sozialwohnungen, sowie um zwei Nebenausgaben im Zusammenhang mit dem Teilbebauungsplan (PAP) „Friedhof“.

Der ursprünglich für den Teilbebauungsplan (PAP) „Rackebierg“ vorgesehene Gesamtbetrag belief sich auf 5.557.000 Euro, die endgültigen Kosten betrugen 5.556.911 Euro und lagen damit knapp unter dem Budget. Zwei zusätzliche Rechnungen werden ebenfalls mit berücksichtigt: eine in Höhe von 7.000 Euro die vom Bauträger erstellt wurde und eine in Höhe von 24.000 Euro, beide im Zusammenhang mit dem Teilbebauungsplan (PAP) „Friedhof“.

Sie erläutert weiterhin, dass für die im vorigen Punkt erwähnte Wohnung nun eine separate Abrechnung erstellt wird, um die formelle Einreichung des Förderantrags beim Ministerium für Wohnungsbau zu ermöglichen.

Auf eine Frage des Gemeinderatsmitglieds Martine Dieschburg-Nickels (DP) zur Zentralisierung von bezahlbarem Wohnraum im RENLA-Register bestätigt die Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP), dass die Wohnungen, für die Zuschüsse gewährt wurden, auch in das Register aufgenommen werden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) fügt hinzu, dass sich die kommunalen Dienststellen derzeit mit der neuen Gesetzgebung und den erforderlichen technischen Instrumenten vertraut machen, insbesondere durch Schulungen, um zu gewährleisten, dass sämtliche Vorschriften eingehalten werden.

Der Gemeinderat stimmt diesem Punkt ebenfalls einstimmig zu.

13. Urbanismus:

a) Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) teilt dem Gemeinderat mit, dass die Ausübung dieses Rechts für die Gemeinde weder von strategischem noch von städtebaulichem Interesse ist. Daher schlägt der Bürgermeister vor, von diesem Recht nicht Gebrauch zu machen.

Die Gemeinderatsmitglieder beschließen einstimmig, das Vorkaufsrecht nicht auszuüben.

b) Beschluss bezüglich eines Antrags auf Parzellierung

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) fährt mit einem Antrag auf Parzellierung fort. Er weist darauf hin, dass das betreffende Dossier bereits zu einem früheren Zeitpunkt Gegenstand von Diskussionen war und nach einem Revisionsverfahren sogar teilweise überarbeitet wurde. Die vorgenommenen Anpassungen entsprechen nun den gesetzlichen Anforderungen und ermöglichen die Genehmigung des Projekts.

Der Gemeinderat stimmt diesem Parzellierungsbeschluss einstimmig zu.

13bis. Antrag der DP-Fraktion zur Digitalisierung von Anwohnerparkausweisen und öffentlichen Parkplätzen.

Der Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) erklärt, dass diese Überlegungen aus einer persönlichen Erfahrung am Schalter der Gemeinde entstanden seien, wo er sich trotz einer tadellosen Dienstleistung Gedanken über die jährliche Verteilung von Anwohnerparkausweise gemacht habe. Zum Jahresanfang werden jedes Mal Tausende von Papiausweisen gedruckt und an die Einwohner verschickt, ein Verfahren, das als kostspielig, wenig umweltfreundlich und veraltet angesehen wird. Er erwähnt auch die öffentlichen Parkplätze, insbesondere in der Nähe des CHL, wo je nach Straßenseite zwei verschiedene Systeme nebeneinander existieren:

In Luxemburg-Stadt ermöglicht ein digitales System die Bezahlung über eine mobile App, während in Strassen das System analog bleibt. Diese Situation sorgt für Verwirrung bei den Autofahrern und für Ungleichheiten beim Zugang, insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

Der Gemeinderat plädiert daher für eine Modernisierung beider Systeme – Anwohnerparkausweise und Parkplätze – mittels digitaler Lösungen, die sich insbesondere an bereits in Gemeinden wie Luxemburg-Stadt oder Esch-sur-Alzette umgesetzten Praktiken orientieren. Er hebt die Vorteile einer solchen Entwicklung hervor: bessere Zugänglichkeit, weniger Abfall, höhere Verwaltungseffizienz und die Möglichkeit, relevante statistische Daten zu erheben.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass zwar der Wille zur Modernisierung vorhanden sei, technische Einschränkungen jedoch die derzeitigen Möglichkeiten begrenzen würden. Er erinnert daran, dass Strassen im Gegensatz zur Stadt Luxemburg, die über eine eigene IT-Abteilung verfügt, für seine digitalen Lösungen auf das SIGI angewiesen ist. Derzeit bietet das SIGI jedoch noch kein kompatibles Modul für die digitale Verwaltung von Anwohnerparkausweisen an. Die Gemeinde prüft dennoch Entwicklungs- oder Kooperationsmöglichkeiten, um in diese Richtung hin zu arbeiten, wobei sie sich darüber im Klaren ist, dass es in den Zonen, wo unterschiedliche Systeme nebeneinander bestehen, wie beim CHL oder im Reckenthal, Schwierigkeiten geben kann.

In der Zwischenzeit wurden bereits einige Maßnahmen zur Verringerung der Umweltbelastung ergriffen: Die Plastikhülle wird nicht mehr verschickt, und weitere Elemente werden in den nächsten Ausgaben ebenfalls weggelassen. Mittelfristig könnte eine Vereinfachung in Betracht gezogen werden, beispielsweise indem die Vignetten nur noch alle zwei Jahre verschickt werden, wie dies bereits in der Stadt Luxemburg der Fall ist.

Das Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) schlägt vor, diese Anfrage beim SIGI vorzubringen, um gemeinsam mit anderen Gemeinden nach einer Lösung zu suchen. Er betont, dass die Projekte des SIGI bessere Erfolgsaussichten haben, wenn sie einem gemeinsamen Interesse mehrerer Gemeinden entsprechen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Er wird als Grundlage dienen, um die notwendigen Gespräche mit den technischen Partnern, insbesondere dem SIGI, aufzunehmen.

14. Personalangelegenheiten:

a) Genehmigung des Nachtrags Nr. 2 zum Tarifvertrag für Beschäftigte für manuelle Arbeiten der Gemeinde

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt die Änderungen des Tarifvertrags für Beschäftigte für manuelle Arbeiten vor. Er merkt an, dass dieser Vertrag regelmäßig aktualisiert wird, um den sich ändernden Arbeitsbedingungen besser gerecht zu werden.

Zu den wesentlichen Anpassungen gehören eine Änderung der Mittagspause sowie mehrere Lohnanpassungen. Das Dienstalterssystem wurde ebenfalls angepasst, um Ungleichheiten zwischen neu eingestellten und langjährigen Mitarbeitern zu vermeiden. Nach dem vorherigen Nachtrag war nämlich ein Problem der Gleichbehandlung aufgeworfen worden, da einige neue Mitarbeiter bei gleicher Qualifikation und Erfahrung besser entlohnt wurden als ihre älteren Kollegen.

Der Nachtrag sieht auch Anpassungen bei den Bereitschaftszulagen vor, indem Einsätze am Abend, Samstag und Sonntag besser vergütet werden. Für die Teamleiter des technischen Dienstes wurden spezifische Anpassungen eingeführt.

In Bezug auf Sonderurlaub bedauert das Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP), dass der Wortlaut des Textes die Vielfalt der Familienmodelle nicht berücksichtigt, indem er ausschließlich männliche Beschäftigte im Zusammenhang mit Geburten erwähnt. Sie schlägt außerdem vor, die Dauer des Urlaubs im Todesfall, insbesondere für Ehepartner oder minderjährige Kinder, zu überdenken, um der emotionalen Belastung in solchen Situationen besser Rechnung zu tragen. Sie plädiert für einen inklusiveren Ansatz, der im Einklang mit den Verpflichtungen steht, die im Rahmen der mit dem Ministerium für Chancengleichheit unterzeichneten Vereinbarung MEGA Plus eingegangen wurden.

Der Bürgermeister bestätigt, dass diese Anmerkungen berücksichtigt werden können, und verweist darauf, dass der Kollektivvertrag ein Dokument der Gemeinde ist und daher bei Bedarf geändert werden kann. Die finanziellen Auswirkungen dieses Nachtrags werden auf insgesamt 600.000 Euro geschätzt.

Der Gemeinderat nimmt den Nachtrag einstimmig an.

b) Schaffung einer Stelle für einen Beschäftigten für manuelle Arbeiten für die Bedürfnisse des Regiebetriebs

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) stellt anschließend die Schaffung einer neuen Stelle für einen Beschäftigten für manuelle Arbeiten zur Verstärkung der technischen Dienste zur Abstimmung. Diese Stelle dient dazu, das Team vor Ort zu unterstützen, insbesondere im Rahmen der zahlreichen Instandhaltungs- und Gestaltungsarbeiten, beispielsweise auf den kürzlich von der Gemeinde erworbenen Sportplätzen.

Die Schaffung dieser Stelle wird einstimmig genehmigt.

c) Entscheidung im Rahmen eines Antrags auf Versetzung in den Ruhestand (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit findet eine Aussprache des Gemeinderats bezüglich eines Antrags auf Versetzung in den Ruhestand statt.

d) Besetzung der freien Stelle eines Gemeindebeamten bei der Gemeindekasse (Recette communale) (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit entscheiden die Gemeinderatsmitglieder über die Ernennung eines Beamten für die Gemeindekasse.

15. Verschiedenes.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) berichtet, dass die „Zeltstadt“, die auf dem ehemaligen Fußballplatz hinter dem Rathaus errichtet wird, Gestalt annimmt. Es handelt sich um die Installation für das große „Pfadfinderlager“, das vom 20. bis 26. Juli stattfindet

und zu dem mehr als 1.200 Kinder und Erwachsene erwartet werden.

Die neuen Fußballinfrastrukturen werden derzeit fertiggestellt: Die Spielfelder sind einsatzbereit, die Duschen und Verwaltungsgebäude sollen bis zum 25. Juli fertiggestellt sein. Die beiden verbleibenden Gebäude – darunter das am Kunstrasenplatz – sind noch nicht ganz fertiggestellt, sollten aber bis September einsatzbereit sein. In der Zwischenzeit trainiert der Fußballverein bereits auf dem neuen Platz, obwohl die ersten beiden Spiele auswärts ausgetragen werden müssen, bis die erforderlichen Genehmigungen für Heimspiele vorliegen.

Der Gemeinderat Laurent Braun (CSV) erkundigt, ob die Gemeinde die Nutzung künstlicher Intelligenz (KI) durch Gemeindemitarbeiter regelt. Er fragt sich, ob es offizielle Richtlinien gibt, insbesondere um eine unsachgemäße Verwendung in sensiblen Kontexten zu vermeiden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) antwortet, dass es derzeit keine internen Richtlinien gibt, obwohl KI manchmal für punktuelle Recherchen eingesetzt wird. Er schlägt vor, beim Syvicol nachzufragen, um festzustellen, ob es eine umfassendere Stellungnahme dazu gibt.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) erinnert daran, dass das Thema auch in Straßburg im Rahmen einer Kommission diskutiert wurde, in der Experten die Vorteile der KI, aber auch die Risiken im Zusammenhang mit der Datensicherheit hervorhoben.

Das Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) ergänzt dies, indem er an die kürzlich stattgefundene Diskussion im SIGI über die „beschleunigte Abschreibung“ erinnert. Er erklärt, dass er eine PowerPoint-Präsentation mit zahlreichen Anwendungen in der Entwicklung gesehen habe, jedoch nur wenige konkrete Daten. Er fordert das Kollegium auf, eine Informationsveranstaltung mit dem SIGI zu organisieren. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) befürwortet dies und betont, dass die Gemeinde die Entwicklung dieser Projekte aufmerksam verfolgen möchte.

Immer mit Blick auf Innovation erwähnt Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) die kürzliche Eröffnung

eines Makerspace in der Stadt Luxemburg im Centre Technolink, der sich an Kinder der Klassen 1 bis 4 richtet. Er schlägt vor, dass die Gemeinde Strassen diesen Ort besuchen, sich davon inspirieren lassen und die Machbarkeit eines ähnlichen Projekts in der zukünftigen Schule prüfen könnte.

Die Schöffin Anne Arend (CSV) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und bestätigt, dass das Thema in der Schulkommission behandelt werden wird. Sie betont jedoch, dass solche Projekte weitgehend von dem Engagement der Lehrkräfte getragen werden.

Der Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) pflichtet ihr bei und ist der Meinung, dass es motivierte Lehrkräfte sind, die solche Projekte zum Leben erwecken. Er ist der Ansicht, dass die Finanzierung kein Hindernis darstellen sollte.

Die Gemeinderätin Anne-Marie Linden (dél Gréng) fügt hinzu, dass es in jeder Schuldirektion (ICN) bereits eine Kontaktperson für diese Art von Projekten gibt und dass Material (Roboter, Programmier-Kits) im Prinzip verfügbar ist, auch wenn es nicht ausreichend genutzt wird.

Der Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) präzisiert, dass das Ministerium bereits seit mehreren Jahren Material zur Verfügung stellt.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) spricht anschließend mehrere lokale Anliegen an. Zunächst fordert sie, dass auf dem Wasserspielplatz, der sich großer Beliebtheit erfreut, Schattenplätze eingerichtet werden, da dort dringend Sonnenschutz benötigt wird.

Anschließend weist sie auf das Verschwinden einer Bank entlang des Spazierwegs zwischen Kiem und Märel Strooss hin. Ein älterer Anwohner habe diese regelmäßig genutzt, und sie fragt, ob geplant sei, sie wieder aufzustellen.

Anschließend spricht sie den Fall eines unbewohnten Hauses an der Route d'Arlon an, das mehrfach besetzt wurde. Nachbarn haben regelmäßig Eindringlinge dort beobachtet und berichten von Feuern, die im Inneren entfacht wurden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass die Gemeinde versucht habe, das Gebäude zu sichern, aber da es sich um ein Privathaus handelt, seien die Handlungsmöglichkeiten begrenzt. Es wurde Kontakt zum Eigentümer aufgenommen und er wurde an seine Instandhaltungspflichten erinnert.

Ein weiterer Fall betrifft Busse, die auf einem ehemaligen Garagengelände in der Nähe geparkt sind. Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) stellt die Rechtmäßigkeit dieser Nutzung in Frage und erwähnt die von den Anwohnern beanstandeten Belästigungen. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass es sich um eine vorübergehende Einrichtung handelt, die bis zur Verabschiedung eines neuen Teilbebauungsplans (PAP) als mobile Lösung genehmigt wurde. Er räumt ein, dass die Situation nicht ideal sei, ist jedoch der Meinung, dass auch der Mobilität Platz eingeräumt werden muss.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) fragt, ob eine Verlegung auf ein für die Anwohner weniger problematisches Gelände wie das Kräizgrändchen in Betracht gezogen werden könnte.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) antwortet, dass die Möglichkeiten begrenzt seien.

Der Gemeinderat Marc Fischer (DP) betont, dass solche Einrichtungen zeitlich begrenzt sein müssen und eine unbefristete Verlängerung vermieden werden sollte.

In seinen Bemerkungen weist Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) außerdem darauf hin, dass die Straßenbeleuchtung am „Am Pescher 2“, übermäßig stark ist und schon von weitem sichtbar ist. Er fordert eine Anpassung.

Er möchte auch informiert werden über den aktuellen Stand bezüglich des Projekts der Karatesporthalle – die Aussprache darüber soll in einer der nächsten Sitzungen stattfinden – und über das künftige Feuerwehrgebäude, wo es seit einiger Zeit kein Vorankommen gibt.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass trotz aller Bemühungen keine Lösung gefunden wurde, um dieses Projekt voranzubringen.

Die Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi Gréng) bittet um nähere Angaben zu den Leistungen eines Beamten aus Düdelingen, der laut Presseberichten mehrere Gemeinden zu Fragen der Kantinen und Kindertagesstätten beraten hat. Sie erkundigt sich, ob Strassen seine Dienste in Anspruch genommen habe und wenn ja, unter welchen Bedingungen. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass der betreffende Beamte vor langer Zeit einige sehr punktuelle Aufgaben für die Gemeinde Strassen ausgeführt habe und dafür keine Barvergütung erhalten habe.

Die Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi Gréng) weist darauf hin, dass die Temperatur im Karatesaal im Sommer schnell ansteigt und bereits am frühen Morgen 27 bis 29 Grad erreicht. Da sich die Fenster nach einigen Minuten automatisch schließen, wird die Situation schnell unangenehm.

Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass dieses Problem bereits gemeldet wurde und Maßnahmen ergriffen wurden, damit die Fenster länger geöffnet bleiben. Sie kündigt außerdem an, dass eine Testphase

gestartet wurde, um bestimmte Schulräume mit einem innovativen, lokal entwickelten System zu klimatisieren.

Die Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi Gréng) kommt ebenfalls auf die jüngste Hitzewelle zu sprechen und merkt an, dass die teilweise Aufhebung der Schulpflicht am vergangenen Mittwochnachmittag den Eltern nicht mitgeteilt wurde, ansonst hätten diese ihre Kinder zu Hause behalten können. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass die Anweisung an die Lehrkräfte weitergegeben worden sei.

Die Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass es darum ging zu verhindern, offiziell einen „schulfreien Tag“ zu erklären, dass es den Eltern jedoch freigestellt war, ihre Kinder zu Hause zu behalten. Sie führt außerdem aus, dass punktuelle Maßnahmen ergriffen wurden: sehr frühes Öffnen der Fenster durch die Hausmeister, Querlüftung, Verlegung des Unterrichts in kühlere Räume, Verlegung von Aktivitäten in den Wald usw. Es werden auch Möglichkeiten geprüft, bestimmte Gebäude mit nachhaltigen Klimatisierungslösungen auszustatten.

Séance du conseil communal du 10 juillet 2025

ORDRE DU JOUR

1. Approbation d'une convention avec la FONDATION CANCER Luxembourg.
2. Confirmation de règlements temporaires sur la circulation.
3. Approbation de l'acte notarié relatif à la licitation immobilière du 16.06.2025.
4. Approbation du devis estimatif relatif à l'axe pluvial - Stroossen 2030.
5. Approbation du devis estimatif relatif à l'extension de la maison communale.
6. Adoption de contrats de location.
7. Approbation d'un contrat de bail.
8. Nominations et démissions au sein des commissions consultatives locales.
9. Modification ponctuelle du règlement portant sur les cautions locatives.
10. Décision dans le cadre d'une convention conclue entre l'Office Social et la Croix-Rouge.
11. Décision de principe quant à la formulation d'une réclamation dans le cadre de l'enquête publique relative aux plans de lutte contre le bruit.
12. Logement :
 - a) Approbation d'une convention avec le ministère du Logement
 - b) Approbation d'un décompte de travaux extraordinaires
13. Urbanisme :
 - a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption
 - b) Décision dans le cadre d'une demande de lotissement
- 13bis. Motion du groupe DP concernant la digitalisation des vignettes résidentielles et des parkings publics.
14. Affaires de personnel :
 - a) Approbation de l'avenant n° 2 au contrat collectif des salariés à tâche manuelle de la commune
 - b) Création d'un poste de salarié à tâche manuelle pour les besoins du service de régie
 - c) Décision dans le cadre d'une demande de départ à la retraite (huis clos)

d) Nomination au poste vacant de fonctionnaire communal auprès de la recette communale (huis clos)

15. Divers.

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV) ; Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Marc Fischer (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Lise Jørgensen (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi Gréng) ; Jean Claude Roob (LSAP) ; Daniel Thein (DP), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Muller.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) informe que l'ordre du jour initial est complété par un point supplémentaire introduit par le groupe politique DP : une motion relative à la digitalisation des vignettes de stationnement résidentiel et des parcmètres. Cette motion sera traitée en tant que point 13bis.

1. Approbation d'une convention avec la FONDATION CANCER Luxembourg.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente la convention avec la Fondation Cancer Luxembourg, visant à faire de Strassen une commune sans tabac, dans le cadre de l'initiative « Génération sans tabac ». Le collègue échevinal propose de signer cette convention, qu'il juge bénéfique à plusieurs égards, notamment pour :

- protéger les jeunes du tabagisme passif et favoriser un environnement sans tabac,
- sensibiliser aux enjeux de santé publique liés au tabac,
- limiter les déchets, notamment les mégots jetés dans l'espace public.

La commune recevra dans un premier temps le label « bronze », impliquant certains engagements, notam-

ment la désignation d'un responsable de projet (ce sera Ben Boulanger), l'état des lieux de la situation actuelle, la définition des zones non-fumeurs, la mise en place de campagnes d'information et la proposition d'alternatives pour les fumeurs. Des consultations seront aussi proposées au personnel pour les accompagner dans une démarche de sevrage tabagique.

Le bourgmestre précise qu'une montée vers les niveaux « argent » et « or » est envisageable à court terme, notamment en renforçant les actions autour des écoles et des bâtiments publics.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) salue l'initiative et soulève une question à propos des mégots jetés dans les poubelles publiques, qu'elle juge potentiellement peu sûres si les cigarettes ne sont pas totalement éteintes.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) lui répond que de nouvelles poubelles seront prochainement mises en place, plus adaptées à ce type de déchet.

Le conseiller Marc Fischer (DP) souhaite savoir si les zones sans tabac seront informelles ou bien assorties de sanctions en cas de non-respect. Le bourgmestre précise que dans les zones scolaires, il s'agit d'une interdiction stricte déjà en vigueur. Concernant les autres lieux désignés comme non-fumeurs (abords des bâtiments communaux, parcs, etc.), il y aura une signalisation claire, mais pas de sanctions formelles, celles-ci relevant uniquement de certaines autorités habilitées.

M. Fischer précise ensuite sa question : quid d'un parent fumant une cigarette devant l'école, malgré la signalisation ? Le bourgmestre confirme qu'il interviendrait oralement dans ce cas, mais qu'aucun protocole officiel ne serait dressé.

Le conseil communal vote à l'unanimité en faveur de la convention.

2. Confirmation de règlements temporaires sur la circulation.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) informe le conseil communal que huit règlements temporaires de

circulation sont à confirmer. Il s'agit de décisions techniques concernant des modifications ponctuelles de la circulation dans le cadre de travaux ou d'événements divers.

La confirmation des règlements temporaires est adoptée à l'unanimité.

3. Approbation de l'acte notarié relatif à la licitation immobilière du 16.06.2025.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente le contexte de la licitation immobilière, à laquelle la commune a participé le 16 juin 2025, concernant plusieurs terrains mis aux enchères.

L'un des vendeurs, un propriétaire privé, a tenté de récupérer l'ensemble de ses biens mis en vente, en exerçant un droit de retrait sur presque toutes les parcelles, à l'exception de deux – l'une acquise par la Ville de Luxembourg et l'autre par la commune de Strassen.

Concernant cette dernière, la commune avait au préalable soumis une offre de 2.420.000 €, mais a finalement pu acquérir le terrain pour un montant inférieur, à 2.350.000 €. Avec les frais de 6 % liés à la vente aux enchères, le coût total s'élève à 2.491.000 €. Le terrain concerné est situé du côté opposé à la parcelle, déjà acquise par la commune plus tôt dans l'année, formant désormais un ensemble cohérent pour des projets futurs.

Le bourgmestre souligne que la commune n'a pas souhaité surenchérir sur les autres terrains proposés, restant focalisée sur la parcelle prioritaire qu'elle a pu acquérir.

L'acte notarié est approuvé à l'unanimité.

4. Approbation du devis estimatif relatif à l'axe pluvial – Stroossen 2030.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit ce point en expliquant que les travaux concernés s'inscrivent dans le cadre du projet global « Stroossen 2030 » et sont étroitement liés à l'aménagement de la future école. Il s'agit de la création d'un axe pluvial afin d'assurer une

gestion séparée des eaux de pluie, conformément à la logique du système séparatif.

La conduite pluviale partira en hauteur, en suivant la déclivité naturelle du terrain, pour se raccorder à un réseau existant à proximité de la maison communale. Sont également prévus dans ce chantier :

- La pose d'une gaine pour un câble électrique, en prévision de l'installation d'un nouveau tableau électrique,
- L'intégration des câblages pour la POST,
- La préparation d'un nouvel arrêt de bus, qui servira d'interface pour les élèves à proximité de la future école.

Le coût estimé de l'ensemble des travaux s'élève à 2.180.000 €.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'informe sur le périmètre exact des travaux et leur lien avec le réseau électrique. Le bourgmestre confirme que tous les travaux liés (pluvial, câblage, aménagement bus) seront réalisés simultanément dans la zone concernée.

Elle demande également si les installations de chantier resteront en place pour les travaux futurs liés à l'école. Le bourgmestre répond que cela reste à évaluer, mais le chantier pluvial sera terminé avant le démarrage du chantier principal de l'école afin d'éviter des interférences.

Le conseiller Tun Gierenz (CSV) interroge sur le calendrier. Le bourgmestre précise que les travaux seront soumis prochainement et que l'exécution réelle ne commencera vraisemblablement qu'en 2026, une fois les appels d'offres finalisés.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) insiste sur les flux de transport et l'accessibilité pendant les travaux. Le bourgmestre explique qu'un nouvel arrêt de bus sera opérationnel, notamment pour la dépose des élèves qui traverseront ensuite vers la future école à pied.

Le devis estimatif est approuvé à l'unanimité.

5. Approbation du devis estimatif relatif à l'extension de la maison communale.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente le projet d'extension de la maison communale, inscrit dans le cadre du projet global « Stroossen 2030 ». Il rappelle que l'administration actuelle est déjà trop exiguë et qu'une nouvelle aile doit être construite afin de répondre aux besoins futurs, notamment ceux induits par la croissance démographique.

Ce nouveau bâtiment, conçu par « petitcarrée architectes », s'implanterait juste à côté de la maison communale actuelle, sans empiéter ni sur le parc, ni sur l'école future. Le choix de l'emplacement résulte d'une analyse intégrée, menée lors du concours architectural de la nouvelle école.

L'extension se compose :

- d'un rez-de-chaussée destiné à accueillir la population,
- de quatre étages de bureaux pour les services communaux,
- et d'un cinquième étage réservé au collège échevinal.

Le bâtiment intègre une structure en béton pour les circulations verticales, tandis que le reste est réalisé en ossature bois, offrant modularité et durabilité. Un sous-sol technique est également prévu ainsi qu'un espace en toiture pour les installations techniques.

Le coût estimé s'élève à 26 millions d'euros, mais le bourgmestre indique que 45 % de ce montant devraient être couverts par des subventions étatiques, conformément à une nouvelle politique équitable du ministère de l'Intérieur. Une aide rétroactive pourrait également être sollicitée pour des projets engagés avant l'entrée en vigueur officielle du nouveau cadre de subventionnement.

Le conseiller Marc Fischer (DP) exprime de fortes réserves quant à l'emplacement et à l'ampleur du projet, déplorant le manque de débat préalable sur d'autres alternatives pourtant évoquées dans les concours ou les ateliers participatifs. Il insiste sur le besoin d'un

projet plus intégré, en lien avec le centre du village, et d'une vision urbanistique cohérente. Il considère que le bâtiment, tel que présenté, rompt avec les attentes exprimées par les citoyens durant les workshops, notamment en ce qui concerne la volonté de préserver une coulée verte et un espace public ouvert.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) soutient cette position, estimant que le processus de concertation n'a pas été suffisamment approfondi et que l'extension compromettrait la vision paysagère et urbanistique du centre de Strassen. Elle évoque également l'absence de discussions sur des alternatives comme l'intégration d'un parking souterrain ou d'autres emplacements. Elle s'inquiète du manque de continuité écologique et de place verte, et appelle à une pause pour réévaluer le projet, sans pour autant remettre en cause la nécessité de l'extension.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) critique le fait que la commune adopte une hauteur de construction qu'elle a elle-même reprochée à des promoteurs privés par le passé. Il déplore ce qu'il perçoit comme un double standard et estime que le projet, avec ses six étages, impacte fortement l'image du centre du village.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que le projet a été présenté à plusieurs reprises dans le cadre des réunions « Grands Projets » et que l'emplacement a toujours été clairement indiqué. Il admet que les hauteurs ont évolué, mais insiste sur la nécessité de construire dès maintenant pour répondre aux besoins des prochaines décennies. Il assure également que l'implantation ne masque pas la nouvelle école et respecte les perspectives définies.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) défend également le projet, précisant qu'il n'empiète pas sur des zones vertes utilisées et que la continuité paysagère reste possible. Il souligne la cohérence fonctionnelle et urbanistique du choix proposé.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) justifie la démarche environnementale du projet, rappelant que construire en hauteur est plus durable que de s'étaler, et que la parcelle utilisée est en grande partie déjà imperméabilisée. Elle s'oppose à l'idée de creuser pour des parkings souterrains, jugée moins écologique.

Le débat se prolonge sur la méthode de travail du conseil, avec un appel de plusieurs conseillers (notamment Paul Klensch, (LSAP)) à ce que les projets futurs soient plus ouverts à la discussion dès la phase d'élaboration et que plusieurs variantes puissent être soumises au conseil, voire à la population.

Les conseillers Martine Dieschburg-Nickels (DP), Marc Fischer (DP), Lise Jørgensen (DP), Nicolas Kandel (DP) et Daniel Thein (DP) votent contre le projet. Tous les autres conseillers votent pour. Le devis est donc adopté à la majorité.

6. Adoption d'un contrat de location.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) informe le conseil qu'il s'agit du renouvellement d'un contrat de location pour une parcelle de jardin, attenante à une propriété située rue Henri Dunant. Ce terrain, situé dans le périmètre du parc communal, a toujours été loué par le passé aux anciens propriétaires à des fins d'usage privatif à l'arrière de la maison.

Suite à la vente de cette propriété, les nouveaux acquéreurs ont sollicité la commune pour continuer à bénéficier de la location de ce jardin.

Le terrain concerné a une superficie de 0,55 are et le loyer annuel est fixé à 6,88 euros, calculé sur base d'un tarif de 12,50 euros par are.

Le contrat est accepté à l'unanimité.

7. Approbation de contrats de bail.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) informe le conseil qu'il s'agit d'approuver un nouveau contrat de bail pour une des Tiny Houses communales. Les précédents locataires ayant quitté les lieux, la commune a proposé la location à M. Bruno Dutra da Cunha.

Le loyer mensuel est fixé à 800 € hors charges, conformément aux conditions précédemment établies pour ce type de logement.

Concernant la procédure d'attribution, les membres du collège précisent que les personnes figurant sur la liste d'attente ont toutes été recontactées. Toutefois,

la plupart avaient entre-temps trouvé une autre solution.

Une discussion s'engage ensuite sur les enseignements tirés de l'expérience des Tiny Houses : Certaines communes viennent à peine de commencer leurs projets, alors que Strassen reste en avance avec déjà une unité installée et plusieurs en planification.

Les problèmes d'humidité rencontrés dans un cas antérieur étaient dus à une mauvaise gestion de la ventilation par les locataires et non à un défaut structurel. Plusieurs conseillers suggèrent de fournir un rappel écrit ou une fiche de bonnes pratiques aux futurs locataires (ex. : bien ventiler régulièrement, éviter d'obstruer les systèmes de chauffage ou de ventilation).

Le conseil vote à l'unanimité en faveur du contrat.

La deuxième partie du point 7 de l'ordre du jour porte sur l'approbation d'un contrat de bail type pour les logements abordables de la commune. Il s'agit de valider un premier exemplaire, établi par un avocat, qui servirait ensuite de modèle pour l'ensemble des baux relatifs à ces logements spécifiques. L'objectif est de structurer juridiquement et administrativement ce dispositif, tout en offrant aux futurs locataires un cadre clair et équitable.

Le contrat, tel qu'il a été présenté, couvre tous les éléments essentiels : la désignation du logement, la composition du ménage, l'interdiction de sous-location et d'hébergement permanent de tiers, les conditions d'entretien du bien ainsi que les responsabilités du locataire. Le loyer mensuel est révisable chaque année au 1er mai et une garantie locative équivalente à deux mois de loyer est demandée.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) salue la formalisation de ce document, soulignant qu'un cadre bien défini est non seulement bénéfique pour la commune, mais également pour les locataires, qui se trouvent ainsi protégés par un contrat précis.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) quant à elle relève que, dans les précédents contrats de ce type, le montant exact de la garantie locative était toujours

indiqué noir sur blanc et a proposé de faire de même ici, en ajoutant explicitement le montant. Le bourgmestre a pris bonne note de cette suggestion, tout en rappelant qu'il faut veiller à éviter les redondances, susceptibles d'introduire des erreurs en cas de mise à jour.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) pour sa part propose une solution technique : l'utilisation de champs dynamiques dans les documents (smart fields), qui permettraient d'automatiser l'insertion des montants corrects dans tous les exemplaires du contrat, garantissant ainsi cohérence et fiabilité, tout en simplifiant la gestion administrative.

Finalement, le bourgmestre propose de ne pas soumettre le contrat au vote lors de cette séance. Le document sera revu à la lumière des remarques formulées, puis représenté lors de la prochaine session. Cette approche permettra de s'assurer que le contrat réponde pleinement aux attentes juridiques, pratiques et humaines liées à la gestion des logements abordables.

Le vote est donc reporté à la prochaine séance.

8. Nominations et démissions au sein des commissions consultatives locales.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) informe le conseil qu'un changement est proposé par le groupe DP, consistant à remplacer Monsieur Alexandre Titeux par Monsieur Wenceslas Schommer au sein de la Commission consultative de la circulation et de la mobilité urbaine.

Le vote se déroule à bulletin secret et aboutit à une décision unanime du conseil communal en faveur de ce changement.

À noter que le conseiller Jean Claude Roob (LSAP) quitte la séance à ce moment-là pour raisons de santé.

9. Modification ponctuelle du règlement portant sur les cautions locatives.

L'échevine Anne Arend (CSV) présente une modification ponctuelle du règlement concernant les cautions locatives. Elle rappelle qu'un ensemble de cautions avait

déjà été approuvé par le conseil communal lors de la séance du 28 mars de l'année précédente, notamment pour du matériel comme des cônes de signalisation, des panneaux, des barrières, des compteurs d'eau ou encore pour la signalisation de chantiers.

Cependant, un élément avait été omis dans la liste initiale : les poubelles mises à disposition par la commune lors d'événements ponctuels, tels que les fêtes de voisinage. Elle précise que, dans certains cas, ces poubelles ne sont pas restituées après usage, ce qui engendre des pertes pour la commune. Afin d'éviter cela, il est désormais proposé d'ajouter une caution spécifique pour ce type de prêt, équivalente à la valeur de la poubelle.

Le conseil approuve cette modification à l'unanimité.

10. Décision dans le cadre d'une convention conclue entre l'Office Social et la Croix-Rouge.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) rappelle que la première convention entre les deux parties avait été conclue en 2011. Une deuxième convention avait suivi en 2014, avec quelques adaptations. La convention actuelle constitue donc une version révisée, actualisée afin de répondre aux réalités actuelles et d'apporter davantage de clarté à certains aspects opérationnels.

Parmi les modifications principales figure l'ajustement des modalités de paiement. Jusque-là, les avances étaient versées en trois tranches, sans calendrier précis, ce qui entraînait parfois des difficultés de trésorerie pour la Croix-Rouge. Désormais, deux avances sont prévues : la première, correspondant à 50 % du budget, est à verser au plus tard le 1^{er} avril, et la seconde, de 30 %, avant le 30 octobre. Ce changement vise à garantir une gestion financière plus fluide pour le partenaire.

Un nouveau paragraphe a également été intégré à l'article 2, afin de préciser la collaboration entre la Croix-Rouge et l'Office social dans le cadre des projets de réinsertion sociale, notamment en lien avec l'ADEM.

Par ailleurs, la convention actualise aussi la méthodologie de calcul des salaires : elle se base dorénavant sur une moyenne nationale des rémunérations pratiquées

dans les offices sociaux, afin d'éviter des disparités budgétaires importantes selon le profil (junior ou senior) des assistants sociaux employés.

Un autre ajout important concerne la protection des données : des dispositions détaillées ont été intégrées, conformément aux exigences du RGPD, là où les conventions précédentes restaient plus vagues sur ce point.

L'échevine en profite également pour faire un point sur les projets sociaux en cours, notamment ceux soutenus par la commune. Elle évoque entre autres « D'Stuff », un espace d'accueil pour femmes, qui propose des activités variées comme des ateliers de couture, de coiffure, des séances de yoga, ou encore des tables de conversation en français, anglais ou luxembourgeois. Les participantes n'y représentent actuellement pas moins de 23 nationalités différentes, ce qui témoigne de la diversité et de l'inclusivité du projet.

Elle mentionne également le développement des projets « Gutt Geschier et GiveBox » dans l'enceinte Haff A Schmatts. Pour ces initiatives, des meubles récupérés auprès de l'Université du Luxembourg sont réemployés. Les objets déposés y sont triés, remis en état et redistribués à ceux qui en ont besoin. Ce dispositif s'inscrit dans une démarche d'économie circulaire et de solidarité.

Enfin, elle souligne l'importance du suivi individuel des bénéficiaires, en mettant en avant le travail de terrain réalisé par des agents tels que Monsieur Romanelli, engagé dans le cadre du contrat EMI, qui est présent plusieurs jours par semaine sur les différents sites.

Le bourgmestre remercie l'échevine pour ce tour d'horizon, puis invite les membres du conseil à se prononcer sur l'approbation de la nouvelle convention.

Le conseil communal adopte la convention à l'unanimité.

11. Décision de principe quant à la formulation d'une réclamation dans le cadre de l'enquête publique relative aux plans de lutte contre le bruit.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que le conseil communal est invité à se prononcer sur

l'opportunité de formuler une prise de position officielle de la commune, notamment en lien avec l'impact sonore sur certaines infrastructures scolaires. Il précise qu'il ne s'agit à ce stade que d'un accord de principe, afin d'initier les démarches administratives nécessaires, en vue de déposer une réclamation formelle dans les délais impartis par la procédure en cours.

Le texte définitif de cette éventuelle réclamation sera préparé par les services communaux, sur base des discussions politiques à venir. Une version finale pourrait ainsi être soumise au conseil communal lors d'une prochaine séance, probablement en septembre ou octobre.

Cette première étape vise donc à poser un cadre clair et partagé, permettant à la commune de défendre au mieux les intérêts des citoyens, en particulier ceux des enfants fréquentant les établissements situés dans les zones exposées au bruit.

La décision de principe est approuvée à l'unanimité.

12. Logement :

a) Approbation d'une convention avec le ministère du Logement

L'échevine Anne Arend (CSV) présente la convention à signer avec le ministère du Logement dans le cadre de l'obtention d'une aide pour un appartement acquis par la commune dans le cadre d'un PAP. Elle précise que la signature de cette convention est indispensable pour percevoir la participation financière de l'État, qui s'élèverait à un total de 311.703 euros, couvrant 75 % du coût du terrain (soit 51.882 euros) et 75 % des frais de construction (soit 259.821 euros). En contrepartie, la commune s'engage notamment à maintenir l'appartement dans le parc de logements abordables pendant une durée minimale de 40 ans, à le déclarer dans le registre national des logements abordables (RENLA) et à respecter toutes les conditions du dispositif, y compris le droit de préemption de l'État en cas de revente.

Elle précise que ce dossier n'a pu être finalisé que récemment, en raison de délais liés à la finalisation du cadastre vertical du PAP concerné. L'appartement

en question est déjà occupé par une famille et les démarches pour le décompte lié à l'aide pourront désormais être entreprises.

Le conseil communal approuve cette convention à l'unanimité.

b) Approbation d'un décompte de travaux extraordinaires

L'échevine Anne Arend (CSV) enchaîne avec l'approbation d'un décompte de travaux relevant du budget « acquisition logements sociaux PAP ». Il s'agit principalement du décompte final pour les logements sociaux obtenus dans le cadre du PAP « Rackebierg », avec également deux dépenses accessoires liées au PAP « Cimetière ».

Le montant total initialement prévu pour le PAP « Rackebierg » s'élevait à 5.557.000 euros et le coût final se chiffre à 5.556.911 euros, soit légèrement en dessous du budget. Deux factures supplémentaires sont également intégrées : une de 7.000 euros du promoteur et une de 24.000 euros, toutes deux liées au PAP Cimetière.

Elle précise qu'un décompte séparé sera désormais établi pour l'appartement évoqué au point précédent, afin de permettre l'introduction formelle de la demande de subside auprès du ministère du Logement.

En réponse à une question de la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) concernant la centralisation des logements abordables dans le registre RENLA, l'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) confirme que les logements pour lesquels des subsides ont été octroyés seront bien inscrits dans le registre.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ajoute que les services communaux sont en train de se familiariser avec la nouvelle législation et les outils techniques requis, notamment via des formations, afin d'assurer une mise en conformité complète.

Le conseil communal approuve également ce point à l'unanimité.

13. Urbanisme :

a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) informe le conseil communal que l'exercice de ce droit ne présente pas d'intérêt stratégique ou urbanistique pour la commune. En conséquence, le bourgmestre propose de ne pas faire usage de ce droit.

Le conseil se prononce à l'unanimité en faveur de la non-exécution du droit de préemption.

b) Décision dans le cadre d'une demande de lotissement

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) poursuit avec une demande de lotissement. Il rappelle que le dossier en question avait déjà fait l'objet de discussions antérieures et avait même été partiellement revu suite à une procédure d'appel. Les ajustements apportés répondent désormais aux exigences réglementaires et permettent de valider le projet.

Le conseil communal approuve cette décision de lotissement à l'unanimité.

13bis. Motion du groupe DP concernant la digitalisation des vignettes résidentielles et des parkings publics.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) explique que la réflexion est née d'une expérience personnelle au guichet de la commune, où, malgré un service irréprochable, il s'est interrogé sur la distribution annuelle des vignettes résidentielles. Chaque début d'année, des milliers de vignettes en papier sont imprimées et envoyées aux habitants, une procédure jugée à la fois coûteuse, peu écologique et obsolète. Il évoque aussi les parkings publics, notamment à proximité du CHL, où coexistent deux systèmes différents selon le côté de la rue : à Luxembourg-Ville, un système numérique permet le paiement via une application mobile, tandis qu'à Strassen, le système reste analogique. Cette situation crée des confusions pour les automobilistes et des inégalités d'accès, notamment pour les personnes à mobilité réduite.

Le conseiller plaide donc pour une modernisation des deux dispositifs – vignettes résidentielles et parkings –

à travers des solutions numériques, s'inspirant notamment de pratiques déjà mises en place dans des communes comme Luxembourg-Ville ou Esch-sur-Alzette. Il met en avant les avantages d'une telle évolution : meilleure accessibilité, diminution des déchets, efficacité administrative accrue et possibilité de collecte de données statistiques pertinentes.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond en soulignant que, si la volonté de modernisation est bien présente, des contraintes techniques limitent les possibilités actuelles. Il rappelle que Strassen, à la différence de la Ville de Luxembourg qui dispose de son propre service informatique, dépend du SIGI pour ses solutions numériques. Or, à ce jour, le SIGI ne propose pas encore de module compatible pour la gestion digitalisée des vignettes résidentielles. La commune explore néanmoins des pistes de développement ou de collaboration pour évoluer dans ce sens, tout en reconnaissant les difficultés spécifiques liées aux zones frontalières comme le CHL ou Reckenthal.

Dans l'immédiat, certaines mesures ont déjà été prises pour alléger la charge environnementale : la pochette plastique n'est plus envoyée et d'autres éléments seront également supprimés dans les prochaines éditions. Une simplification à moyen terme pourrait être envisagée, par exemple en envoyant les vignettes seulement tous les deux ans, comme c'est déjà le cas à Luxembourg-Ville.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) propose de porter cette demande au sein du SIGI, afin d'explorer une solution collective avec d'autres communes. Il souligne que les projets du SIGI ont plus de chances d'aboutir s'ils répondent à un intérêt partagé par plusieurs municipalités.

La motion est adoptée à l'unanimité. Elle servira de base pour initier les discussions nécessaires auprès des partenaires techniques, en particulier le SIGI.

14. Affaires de personnel :

a) Approbation de l'avenant n° 2 au contrat collectif des salariés à tâche manuelle de la commune

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) présente les

modifications apportées au contrat collectif des salariés à tâche manuelle. Il rappelle que ce contrat est régulièrement mis à jour pour mieux répondre à l'évolution des conditions de travail.

Parmi les ajustements notables figurent une modification de l'horaire de pause de midi, ainsi que plusieurs révisions salariales. Le régime d'ancienneté a également été corrigé pour éviter des inégalités entre agents nouvellement engagés et agents de longue date. Un problème d'équité avait en effet été soulevé suite à l'avenant précédent, où certains nouveaux collaborateurs se retrouvaient, à compétences et expérience égales, avec un meilleur traitement que leurs collègues plus anciens.

L'avenant prévoit également des ajustements dans les primes de permanence, en revalorisant les interventions effectuées les soirs, samedis et dimanches. Des adaptations spécifiques ont été introduites pour les chefs d'équipe du service technique.

Concernant les congés extraordinaires, la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) regrette notamment que le libellé du texte ne prenne pas en compte la diversité des modèles familiaux, en mentionnant exclusivement le salarié masculin pour les naissances. Elle propose également un réexamen de la durée des congés en cas de décès, notamment pour les conjoints ou les enfants mineurs, afin de refléter davantage l'impact émotionnel de telles situations. Elle plaide pour une approche plus inclusive, en cohérence avec les engagements pris dans le cadre de la convention MEGA Plus, signée avec le ministère de l'Égalité des chances.

Le bourgmestre confirme que ces remarques peuvent être prises en considération et rappelle que le contrat collectif est un document propre à la commune, donc amendable au besoin. Le montant total de l'impact financier de cet avenant est estimé à 600.000 euros.

Le conseil communal adopte l'avenant à l'unanimité.

b) Création d'un poste de salarié à tâche manuelle pour les besoins du service de régie

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) soumet ensuite au vote la création d'un nouveau poste de salarié à tâche

manuelle, en renfort pour les services techniques. Ce poste est destiné à renforcer l'équipe sur le terrain, notamment dans le cadre des nombreux travaux d'entretien et d'aménagement, comme sur les terrains sportifs récemment acquis par la commune.

La création de ce poste est approuvée à l'unanimité.

c) Décision dans le cadre d'une demande de départ à la retraite (huis clos)

Lors de la séance à huis clos, les conseillers discutent une demande de départ à la retraite.

d) Nomination au poste vacant de fonctionnaire communal auprès de la recette communale (huis clos)

Également en huis clos les conseillers décident sur la nomination d'un fonctionnaire communal pour le service de Recette.

15. Divers.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) signale que la « Zeltstad » en construction sur l'ancien terrain de football derrière la mairie prend forme. Il s'agit de l'installation pour le grand « Camp scout » qui se tient du 20 au 26 juillet, avec plus de 1.200 enfants et adultes attendus.

Les nouvelles infrastructures de football sont en cours de finalisation : les terrains sont prêts, les douches et bâtiments de gestion devraient être terminés d'ici le 25 juillet. Les deux bâtiments restants – dont celui au niveau du terrain synthétique – ne sont pas encore achevés, mais devraient l'être pour septembre. En attendant, le club de football s'entraîne déjà sur le nouveau terrain, bien que les deux premiers matchs devront se jouer à l'extérieur, le temps d'obtenir les autorisations nécessaires pour accueillir des matchs à domicile.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) souhaite savoir si la commune encadre l'usage de l'intelligence artificielle (IA) par les agents communaux. Il s'interroge sur l'existence de consignes officielles, notamment pour éviter tout usage inapproprié dans des contextes sensibles.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond qu'aucune directive interne n'existe à ce jour, bien que l'IA soit parfois utilisée pour des recherches ponctuelles. Il propose d'interroger le Syvicol pour voir si une position plus large existe.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) intervient pour rappeler que le sujet a aussi été discuté à Strasbourg dans le cadre d'une commission, où des experts ont insisté sur les avantages de l'IA, mais aussi sur les risques liés à la sécurité des données.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) renchérit en rappelant la discussion récente au SIGI au sujet de l'« amortissement accéléré ». Il explique qu'il a vu une présentation PowerPoint avec de nombreuses applications en développement, mais peu de données concrètes. Il invite le collègue à organiser une réunion d'information avec le SIGI. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) se dit favorable à cette démarche et souligne que la commune souhaite suivre de près l'évolution de ces projets.

Toujours dans une perspective d'innovation, le conseiller Paul Klensch (LSAP) évoque l'ouverture récente d'un Makerspace dans la Ville de Luxembourg, au Centre Technolink, dédié aux enfants du cycle 1 à 4. Il suggère que la commune de Strassen pourrait visiter ce lieu, s'en inspirer et étudier la faisabilité d'un projet similaire dans la future école.

L'échevine Anne Arend (CSV) prend note de la proposition et confirme que le sujet sera abordé en commission scolaire. Elle souligne toutefois que ce type de projet repose largement sur l'enthousiasme des enseignants.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) abonde dans ce sens, estimant que ce sont les enseignants motivés qui font vivre ces projets. Il considère que le financement ne devrait pas être un obstacle.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) ajoute qu'il existe déjà une personne référente pour ce type de projet dans chaque direction scolaire (ICN) et que du matériel (robots, kits de programmation) est en principe disponible, bien que sous-utilisé.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) précise que le ministère a déjà fourni du matériel depuis plusieurs années.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) soulève ensuite plusieurs préoccupations locales. Elle demande d'abord que des zones d'ombre soient installées à la plaine de jeux aquatique, qui rencontre un grand succès, mais manque cruellement de protection solaire.

Elle signale ensuite la disparition d'un banc le long du chemin de promenade entre le Kiem et la Märelers Strooss. Un riverain âgé l'utilisait régulièrement, elle demande s'il est prévu de le remettre.

Elle aborde ensuite le cas d'une maison abandonnée sur la route d'Arlon, squattée à plusieurs reprises. Des voisins ont observé des intrusions régulières et signalent des feux allumés à l'intérieur.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que la commune avait tenté de sécuriser les lieux mais, la maison étant privée, les moyens d'action sont limités. Le propriétaire a été contacté et rappelé à ses obligations d'entretien.

Un autre dossier concerne les bus stationnés sur un ancien terrain de garage à proximité. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) s'interroge sur la légalité de cette occupation et sur les nuisances dénoncées par les riverains. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) indique qu'il s'agit d'une installation temporaire, autorisée à titre mobile dans l'attente d'un nouveau PAP. Il concède que la situation n'est pas idéale, mais estime qu'il faut aussi laisser de la place à la mobilité.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande si une relocalisation vers un terrain comme celui du Kräizgrändchen, moins problématique pour les riverains, serait envisageable.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que les options sont limitées.

Le conseiller Marc Fischer (DP) insiste sur la nécessité de limiter dans le temps ce type d'installation et d'éviter une prolongation indéfinie.

Toujours dans les remarques, le conseiller Marc Fischer (DP) relève que l'éclairage public au « Am Pescher 2 » est excessif, au point d'être visible de très loin. Il demande un ajustement.

Il souhaite également avoir un état des lieux sur le projet de la salle de karaté – dont la discussion a été annoncée pour une prochaine séance – et sur le futur bâtiment des pompiers, bloqué depuis un certain temps.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) indique qu'aucune solution n'a été trouvée pour débloquer ce dernier dossier, malgré les efforts engagés.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) demande des précisions sur les prestations d'un fonctionnaire de Dudelange, cité dans la presse comme ayant agi comme conseiller pour plusieurs communes en matière de cantines et de maisons relais. Elle souhaite savoir si Strassen a bénéficié de ses services et, si oui, dans quelles conditions. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que le fonctionnaire concerné a exécuté quelques missions très ponctuelles pour la commune de Strassen il y a très longtemps et n'a pas bénéficié de rémunération en espèces.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) signale que la température dans la salle de karaté grimpe rapidement en été, atteignant déjà 27 ou 29 degrés en début de matinée. Les fenêtres se referment automatiquement après quelques minutes, la situation devient vite inconfortable.

L'échevine Anne Arend (CSV) précise que ce problème a déjà été signalé et que des mesures ont été prises pour prolonger l'ouverture des fenêtres. Elle annonce également qu'une phase de test est lancée pour climatiser certains locaux scolaires à l'aide d'un système innovant développé localement.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) revient aussi sur les fortes chaleurs récentes et remarque que la levée partielle de l'obligation scolaire le mercredi après-midi précédent n'a pas été communiquée aux parents, ce qui aurait pu leur permettre de garder leurs enfants à domicile. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) indique que la consigne avait été transmise aux enseignants.

L'échevine Anne Arend (CSV) explique que l'objectif était d'éviter de déclarer officiellement une journée « sans école », mais que les parents étaient libres de garder leurs enfants. Elle précise aussi que des mesures ponctuelles ont été prises : ouverture très matinale des fenêtres par les concierges, ventilation croisée, réaffectation de classes dans des salles plus fraîches, activités délocalisées dans les bois, etc. Des pistes sont également à l'étude pour équiper certains bâtiments avec des solutions de climatisation durables.

Meeting of the Municipal Council of 10 July 2025

AGENDA

1. Approval of an agreement with the “Fondation Cancer Luxembourg”.
2. Confirmation of temporary traffic regulations.
3. Approval of the notarial deed relating to the auction on 16 June 2025.
4. Approval of the estimate for the rainwater drainage system – “Stroossen 2030”.
5. Approval of the estimate for the extension of the Town Hall.
6. Approval of a garden plot lease.
7. Approval of a “Tiny House” lease.
8. Appointments and resignations in the local advisory committees.
9. Ad hoc amendment to the regulation on deposits for equipment.
10. Decision within the framework of an agreement between the Social Office and the Red Cross.
11. Decision in principle regarding the drafting of a complaint in the context of the public inquiry into noise abatement plans.
12. Housing:
 - a) Approval of an agreement with the Ministry of Housing
 - b) Approval of a statement of account for extraordinary works
13. Urban planning:
 - a) Decision on a pre-emption right
 - b) Decision regarding a subdivision application
- 13bis. Motion by the DP concerning the digitisation of residential parking permits and parking meters.
14. Staff matters:
 - a) Approval of amendment no. 2 to the collective agreement for manual workers employed by the Municipality
 - b) Creation of a manual labour employee position in the Municipal Services Department (“Régie”)
 - c) Decision regarding a retirement request (in camera)
 - d) Appointment of an official to fill the position at the Municipal Revenue Office (in camera)
15. Any other business.

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), alderwomen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng); Jean Claude Roob (LSAP); Daniel Thein (DP), members of the Municipal Council. Secretary: Christian Muller.

Mayor Nico Pundel (CSV) announced that an item had been added to the agenda, i.e. a motion tabled by the DP concerning the digitisation of residential parking permits and parking meters. This item was recorded as item 13bis.

1. Approval of an agreement with the “Fondation Cancer Luxembourg”.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented the agreement with the “Fondation Cancer Luxembourg” aiming to ban smoking in Strassen as part of the “Smoke-Free Generation” initiative. The Municipal Council proposed signing this agreement, which was considered positive in several respects, most particularly:

- to protect young people from passive smoking and promote a smoke-free environment,
- to raise awareness of tobacco-related public health issues, and
- to reduce waste, particularly cigarette butts discarded in public spaces.

The Municipality would initially be awarded the “Bronze” label based on its commitments, including the appointment of a Project Manager (Mr Ben Boulanger), an evaluation of the status quo, the delimitation of non-smoking areas, information campaigns and the proposal of alternatives for smokers. Staff would also be offered appointments and support to help them stop smoking.

The Mayor pointed out that a quick progression to either the “Silver” or “Gold” tiers would be possible, mainly if more targeted action was taken in the vicinity of schools and public buildings.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) welcomed the initiative and asked about the potential risk of throwing cigarette butts that had not quite been put out in public bins.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) replied that new bins that were more suitable for this type of waste would soon be installed.

Councillor Marc Fischer (DP) wanted to know whether the designated smoke-free zones would be informal or whether penalties would apply for breaching the rules. The Mayor responded that a strict smoking ban was already in force in school zones. Other non-smoking areas (e.g. around municipal buildings, parks, etc.) would be identified by means of clear signage but there would be no formal penalties, because only specific authorities could enforce such sanctions.

Mr Fischer came back to his question, asking what would be done, for instance, in the event of a parent smoking in front of the school despite the no-smoking signs? The Mayor confirmed that in such cases, he would give a verbal warning, but no official record would be drawn up.

The Municipal Council voted unanimously in favour of the agreement.

2. Confirmation of temporary traffic regulations.

Mayor Nico Pundel (CSV) informed the Municipal Council that there were eight temporary traffic regulations awaiting approval. They concerned changes to traffic pathways due to works or events.

The temporary regulations were unanimously approved.

3. Approval of the notarial deed relating to the auction of 16 June 2025.

Mayor Nico Pundel (CSV) gave a presentation on the auction for several plots of land in which the Municipality

had participated on 16 June 2025.

One of the sellers (a private owner) had attempted to recover all the properties they had put up for sale by exercising their right of withdrawal on almost all plots, except for two – one acquired by the City of Luxembourg and the other by the Municipality of Strassen.

The Municipality had previously submitted a bid of €2,420,000 for this plot but was ultimately able to acquire the land for €2,350,000. With the 6% auction fees, the total cost was €2,491,000. The land in question was located opposite the plot the Municipality had acquired earlier in the year, which made it good for future projects.

The Mayor emphasised that the Municipality’s aim at the auction was to stay focused on that specific plot, and not to attempt to outbid other buyers for other plots.

The notarial deed was unanimously approved.

4. Approval of the estimate for the rainwater drainage system – “Stroossen 2030”.

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced this item by explaining that these works formed part of the overall “Stroossen 2030” project and that the project was closely related to the development of the new school. The creation of a rainwater drainage system would ensure the separate management of rainwater from other sources.

The rainwater pipe would run uphill, following the natural slope of the land, and connect to an existing network close to the Town Hall.

This project also included:

- the installation of a conduit for an electrical cable, in anticipation of the installation of a new electrical panel,
- the integration of cabling for the POST, and
- the preliminary works for a new bus stop, mainly serving the future school’s pupils.

The estimated cost of the entire project was €2,180,000.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) enquired about the exact perimeter of the works and the connection of the site to the electrical network. The Mayor confirmed that all related works (i.e. rainwater drainage, cabling, and the groundwork for the bus stop) would be carried out at the same time as the main project.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also asked whether the building site facilities would remain in place for the upcoming works for the school. The Mayor replied that he did not yet have the answer to that question, but that the rainwater drainage works would be completed before the main school construction work began, to avoid any interference.

Councillor Tun Gierenz (CSV) asked about the timeframe. The Mayor explained that the calendar would be submitted shortly but that the actual execution of the works would probably only begin in 2026, once the tenders had been finalised.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) emphasised the importance of traffic flow and accessibility during the works. The Mayor explained that there would be a new bus stop specifically to drop off the pupils so they may walk to the new school.

The estimate was unanimously approved.

5. Approval of the estimate for the extension of the Town Hall.

Mayor Nico Pundel (CSV) presented the Town Hall extension project, which was part of the overall “Stroossen 2030” project. He pointed out that the current facility was too cramped and that a new wing was required to meet future needs, particularly those resulting from population growth.

This new building was designed by “petitcarrée architects” and would be located right next to the current Town Hall but would not encroach on the park or the new schoolgrounds. The location was selected following an integrated analysis carried out during the architectural competition for the new school.

The extension would consist of:

- a ground floor designed to accommodate the public,
- four office floors for municipal services, and
- and a fifth floor reserved for the College of the Mayor and Alderwomen.

The building would have a concrete structure for vertical circulation, while the rest would have a timber frame for modularity and sustainability. A basement for technical facilities was included in the plan, as well as a roof space for technical installations.

The estimated cost was €26 million, but the Mayor added that 45% of this amount would be covered by governmental subsidies, in accordance with a new equity policy from the Ministry of the Interior. Retroactive subsidies could also be requested for projects undertaken before the new subsidy system officially came into force.

Councillor Marc Fischer (DP) expressed strong reservations about the location and scale of the project, lamenting the lack of prior debate on alternatives proposed in competitions and participatory workshops. He insisted on the need for a more integrated project, linked to the village centre, and with a coherent urban vision. As presented, in his opinion, the building did not meet the citizens’ expectations, particularly with regard to the wish to preserve a green corridor and an open public space – which had been expressed during the workshops.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) supported this position, arguing that the consultation process had not been thorough enough and that the extension would compromise the landscape and urban setting of Strassen’s centre. She also mentioned the lack of discussion on alternatives such as the integration of an underground car park or other locations. She worried about the lack of ecological continuity and green space, and called for a pause to reassess the project, yet without calling the need for the extension itself into question.

Councillor Nicolas Kandel (DP) stated that the Municipality had approved a building whose height

it had criticised in the past in the case of private developers' projects. He perceived this as a double standard and believed this six-floor building would have a significant impact on the image of Strassen's centre.

Mayor Nico Pundel (CSV) responded that the project had been presented several times at meetings on large-scale projects and that its location had always been clear. He admitted that the planned height had changed but insisted on not waiting to launch the project because it would meet the needs of the coming decades. He also assured the councillors that the development would not obscure the new school and that it respected the defined perspectives.

Councillor Laurent Braun (CSV) also defended the project, pointing out that it did not encroach on the green areas in use and that landscape continuity remained possible. He emphasised the functional and urban planning coherence of the proposed choice.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) said the project had a positive environmental approach, pointing out that building upwards was more sustainable than spreading out horizontally, and that the plot of land used was already largely impermeable. She opposed the idea of digging for underground car parks, which she considered to be less environmentally friendly.

The debate on the Council's working method continued, with several councillors (notably Mr Paul Klensch, LSAP) calling for future projects to be more open to discussion from the drafting stage onwards. In his view, several options should be submitted to the Council and even to the public.

Councillors Martine Dieschburg-Nickels (DP), Marc Fischer (DP), Lise Jørgensen (DP), Nicolas Kandel (DP) and Daniel Thein (DP) voted against the project. All the other councillors voted in favour. The estimate was therefore adopted by a majority vote.

6. Approval of a garden plot lease.

Mayor Nico Pundel (CSV) informed the Council that this agenda item concerned the renewal of a lease for a garden plot adjacent to a house located on Rue Henri

Dunant. Despite its location in the municipal park and to the rear of the property, this plot had always been leased to the house owners for their private use.

Following the sale of the house, the new owners asked the Municipality if they could continue renting this garden.

The plot in question had a surface area of 0.55 acres and the annual rent was set at €6.88, calculated on the basis of a rate of €12.50 per acre.

The contract was unanimously approved.

7. Approval of a "Tiny House" lease.

Mayor Nico Pundel (CSV) informed the Council that a new lease for one of the municipal "Tiny Houses" needed to be approved. The previous tenants had left the premises, so the Municipality had offered the lease to Mr Bruno Dutra da Cunha.

The monthly rent was set at €800 (excluding bills), in accordance with the conditions previously established for this type of accommodation.

Regarding the selection procedure, the members of the Council specified that all those on the waiting list had been contacted again. However, most of them had found another solution in the meantime.

A discussion then ensued on the lessons learned from the "Tiny House" project experience: some municipalities had only just begun with such plans, while Strassen remained ahead of the curve with one unit already installed and several more in the planning stages.

The damp problems encountered at another location were the result of the tenants' poor ventilation of the property, not a structural defect. Several councillors suggested providing a written reminder or a list of best practices to future tenants (e.g. telling them to ventilate regularly and avoid obstructing heating or ventilation systems).

The Council voted unanimously in favour of the contract.

The second part of item 7 on the agenda concerned the approval of a standard lease for affordable housing in the Municipality. The aim was to validate an initial draft that had been drawn up by a solicitor and which would serve as a template for all similar leases. The aim was to provide a legal and administrative framework for the scheme, while offering future tenants a clear and fair deal.

As presented, the contract covered all the essential elements: housing description, household composition, no subletting or permanent accommodation of third parties allowed, maintenance conditions and tenant duties. The monthly rent was subject to annual review on 1 May, and a two-month deposit was required.

Councillor Nicolas Kandel (DP) welcomed the formalisation of this document, emphasising that a well-defined framework was not only beneficial for the Municipality, but also for the tenants, who were thus protected by specific clauses.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) pointed out that in previous similar contracts, the exact deposit amount had always been explicitly stated. She proposed to do the same here. The Mayor took note of this suggestion. However, he pointed out that redundancies should be avoided because they could be error-inducing in the event of updates.

Councillor Paul Klensch (LSAP) proposed a technical solution: the use of so-called smart fields, which would allow the automatic insertion of the correct amounts in all contract documents, thus ensuring both consistency and reliability, while at the same time simplifying the administrative procedure.

Finally, the Mayor proposed not to put the contract to the vote at that moment. Instead, the document would be reviewed in light of the comments made and would be resubmitted at the following meeting to ensure all legal, practical and social expectations associated with the management of affordable housing were met.

The vote was therefore postponed until the following meeting.

8. Appointments and resignations in the local advisory committees.

Mayor Nico Pundel (CSV) informed the Council that the DP had proposed a change: the replacement of Mr Alexandre Titeux by Mr Wenceslas Schommer on the Consultative Committee on Traffic and Urban Mobility.

The vote was held by secret ballot and resulted in the councillors' unanimous decision to support this proposal.

For the record, at this stage of the meeting, Councillor Jean Claude Roob (LSAP) had to leave for health-related reasons.

9. Ad hoc amendment to the regulation on deposits for equipment.

Alderwoman Anne Arend (CSV) presented a specific amendment to the regulation on rental deposits. She pointed out that a series of deposits had already been approved by the Municipal Council at its meeting on 28 March of the previous year, in particular for equipment such as traffic cones, signs, barriers, water meters and construction site signage.

However, one item had been omitted from the initial list: the bins provided by the Municipality for one-off events, such as block parties. She pointed out that in some cases the bins were not returned afterwards, thus representing a loss for the Municipality. To prevent this from happening, the proposal to add a specific deposit for bin loans (i.e. a deposit equivalent to the value of the bin) was tabled.

The Council unanimously approved this amendment.

10. Decision within the framework of an agreement between the Social Office and the Red Cross.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) recalled that the first agreement between the two parties was concluded in 2011. A second agreement had followed in 2014, with a few adjustments. The present agreement was therefore an updated version to reflect the circumstances and provide greater clarity on certain operational aspects.

One of the main changes was the adjustment of the payment terms. To date, advances were paid in three instalments, without a specific schedule, sometimes causing cash flow problems for the Red Cross. In the updated version, the dates for two advances were set: the first corresponding to 50% of the budget and which would have to be paid by 1 April at the latest, and the second for 30%, to be paid before 30 October. This change aimed to ensure smoother financial management for the Red Cross.

A new paragraph had also been added to Article 2 to clarify the collaboration between the Red Cross and the Social Office in the context of social reintegration projects, particularly in relation to the ADEM (Agency for Employment Development).

In addition, the agreement also updated the wage-calculation method, which would be based on a national average of the remuneration paid in social offices, in order to avoid significant disparities between the social workers employed (i.e. junior or senior).

Another important addition concerned data protection: there were new detailed provisions to meet the requirements of the GDPR, whereas previous agreements had been more vague in that respect.

The Alderwoman also took the opportunity to provide an update on social projects, particularly those supported by Strassen. Among other things, she mentioned “D’Stuff”, a centre for women which offered a series of activities such as sewing and hairdressing workshops, yoga, and conversation tables in French, English and Luxembourgish. At the time of the meeting, the participants represented no fewer than 23 different nationalities, which testified to the diversity and inclusiveness of the project.

She also mentioned the development of the “Gutt Geschier” and “GiveBox” projects at “Haff A Schmatts”. These initiatives collected furniture recovered from the University of Luxembourg, then sorted and refurbished the items before redistributing them to those in need. This scheme adopted a circular economy and solidarity-based approach.

Finally, she emphasised the importance of individual follow-ups with beneficiaries, highlighting the work

carried out by agents in the field such as Mr Romanelli, who was working under a special contract for the long-term unemployed (“EMI” contract) and went to the various sites several times a week.

The Mayor thanked the Alderwoman for this overview and then invited the Council members to vote on the approval of the new agreement.

The Municipal Council unanimously adopted the agreement.

11. Decision in principle regarding the drafting of a complaint in the context of the public inquiry into noise abatement plans.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the Municipal Council had been invited to vote on whether to draft an official position on behalf of the Municipality, particularly in relation to noise impacting certain school facilities. He pointed out that at this stage, it was only an agreement in principle, with the aim of initiating the necessary administrative procedure to lodge a formal complaint before the deadline.

The final text of this potential complaint would be written up by the Municipality and would be based on forthcoming political discussions. A final version could then be submitted to the Municipal Council at a forthcoming meeting, probably in September or October.

This first step therefore aimed to establish a clear common ground so the Municipality could defend the interests of its citizens as best as possible, in particular those of the schoolchildren in high-noise areas.

The decision in principle was approved unanimously.

12. Housing:

a) Approval of an agreement with the Ministry of Housing

Alderwoman Anne Arend (CSV) presented the agreement to be signed with the Ministry of Housing to obtain assistance for an apartment acquired by the Municipality as part of a Special Development Plan

(PAP). She specified that signing this agreement was essential to receive the State's financial contribution of €311,703, covering 75% of the cost of the land (i.e. €51,882) and 75% of the construction costs (i.e. €259,821). In return, amongst other things, the Municipality would undertake to maintain the flat in the affordable housing stock for a minimum period of 40 years, register it in the National Affordable Housing Register (RENLA) and comply with all the scheme's conditions, including the State's right of pre-emption in the event of resale.

She specified that this file had only recently been finalised because of delays caused by issues with the vertical register of the Special Development Plan (PAP). A family was already living in the flat and the procedures to calculate the subsidy could finally be undertaken.

The Municipal Council unanimously approved this agreement.

b) Approval of a statement of account for extraordinary works

Alderwoman Anne Arend (CSV) followed up with the approval of a statement of account for works covered by the "Social Housing Acquisition" Special Development Plan (PAP) budget. This mainly concerned the final statement of account for the social housing obtained as part of the "Rackebierg" Special Development Plan (PAP), with two additional expenses related to the "Cimetière" Special Development Plan (PAP).

The total amount initially planned for the "Rackebierg" Special Development Plan (PAP) was €5,557,000. The final cost was €5,556,911, which was slightly below budget. Two additional invoices were also included: one for €7,000 from the developer and one for €24,000, both related to the "Cimetière" Special Development Plan (PAP).

She specified that a separate statement would be issued for the flat mentioned in the previous point to allow the formal submission of the application for a Ministry of Housing subsidy.

In response to a question from Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) concerning the centralisation

of the registration of affordable housing in the National Affordable Housing Register (RENLA), Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) confirmed that housing for which subsidies had been granted would indeed be entered in the register.

Mayor Nico Pundel (CSV) added that the Municipality was learning about the new legislation and the technical tools required via training courses, amongst others, in order to ensure full compliance with the applicable rules.

The Municipal Council unanimously approved this statement.

13. Urban planning:

a) Decision on a pre-emption right

Mayor Nico Pundel (CSV) informed the Municipal Council that exercising this right would not be in the interest of the Municipality for both strategic and urban planning reasons. Consequently, the Mayor proposed not to exercise this right.

The Council unanimously voted in favour of not exercising the right of pre-emption.

b) Decision regarding a subdivision application

Mayor Nico Pundel (CSV) presented a subdivision application. He pointed out that the case in question had been discussed previously and had even been partially revised following an appeal procedure. The adjustments made met the regulatory requirements and the project could be approved.

The Municipal Council unanimously approved the subdivision decision.

13bis. Motion by the DP concerning the digitisation of residential parking permits and parking meters.

Councillor Nicolas Kandel (DP) explained that this idea had arisen following his personal experience at the Municipal Services Office. Despite the fantastic service received, it had led him to question the annual

distribution of residential parking stickers. At the beginning of each year, thousands of paper stickers were printed and sent to residents. This was a costly, obsolete and environmentally unfriendly exercise. He also mentioned the public car parks, particularly those near the hospital (CHL), where there were two different parking meter systems depending on which side of the street you parked on. One side was managed by Luxembourg City, where people could pay via a digital system and mobile app, while the other was run by Strassen, where the system was still analogue. This situation was confusing for drivers and caused inequality in terms of access to parking spaces, especially for people with reduced mobility.

The Councillor therefore advocated for the modernisation of both Strassen's systems (i.e. residential parking permits and parking meters) by means of digital solutions, drawing inspiration from practices already in place in municipalities such as Luxembourg City and Esch-sur-Alzette. He highlighted the advantages of such a change: improved accessibility, reduced waste, increased administrative efficiency and the possibility of collecting relevant statistical data.

Mayor Nico Pundel (CSV) responded by emphasising that although such modernisation was desirable, there were technical constraints that limited the options at hand. He pointed out that Strassen depended on SIGI (the Intercommunal IT Management Association) for its digital solutions, unlike the City of Luxembourg, which had its own IT department. SIGI could not yet offer a digital residential parking sticker management solution. The Municipality was exploring avenues to move in that direction or for collaboration opportunities, and it did recognise the specific difficulties associated with areas straddling two municipalities, such as the CHL or Reckenthal.

For the short term, some measures had already been taken to reduce the environmental impact of sending residential parking stickers: the Municipality no longer sent plastic pouches for the stickers, and it would stop sending other items in the future. In the medium term, a potential solution could be to send out the stickers only every two years, as was already done in Luxembourg City.

Councillor Paul Klensch (LSAP) proposed submitting this request to SIGI so a collective solution with other municipalities may be considered. He added that SIGI projects were more likely to succeed if they met the shared interests of several municipalities.

The motion was adopted unanimously. It would serve as a basis to launch the necessary discussions with the technical partners, in particular SIGI.

14. Staff matters:

a) Approval of amendment no. 2 to the collective agreement for manual workers employed by the Municipality

Mayor Nico Pundel (CSV) presented the amendments to the collective agreement for manual workers. He pointed out that this agreement was regularly updated to better reflect changes in working conditions.

Notable adjustments included a change to the lunch break schedule and several salary revisions. The seniority system had also been adjusted to avoid inequalities between newly hired employees and long-serving employees. An issue concerning lack of fairness had been raised following the previous revision, because some new employees with the same skills and experience levels were being paid better than their more senior colleagues.

The amendment also provided for adjustments to on-call allowances, with higher rates for work carried out in the evenings, on Saturdays and on Sundays. Specific adjustments had been introduced for team leaders in the Technical Department.

With regard to special leave, Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) did not like the fact that the wording of the text did not take into account the existence of different family models and exclusively referred to male employees in the case of births. She also proposed a review of the length of leave granted in the event of death, particularly for spouses or minor children, in order to better reflect the emotional blow of such situations. She called for a more inclusive approach, in line with the commitments made in the MEGA Plus equality agreement signed with the Ministry of Equal Opportunities.

The Mayor confirmed that these comments would be taken on board and said that the collective agreement was a municipality-specific document which could be amended if necessary. The total financial impact of this revision was estimated at €600,000.

The Municipal Council unanimously adopted the amendment.

b) Creation of a manual labour employee position in the Municipal Services Department ("Régie")

Mayor Nico Pundel (CSV) then put the proposal to create a new manual labour position to strengthen the team responsible for technical services to the vote. The person filling the post would work mainly in the field, helping with numerous maintenance and development tasks, e.g. on the recently purchased sports grounds.

The creation of this position was unanimously approved.

c) Decision on a retirement request (in camera)

During the closed session, the councillors discussed a retirement request.

d) Appointment of an official to fill the position at the Municipal Revenue Office (in camera)

In another closed session, the councillors decided on the appointment of a municipal official for the Revenue Office.

15. Any other business.

Mayor Nico Pundel (CSV) reported that the "Zeltstad" on the former football field behind the Town Hall was gradually taking shape. This structure would host the large Scout camp from 20 to 26 July, with over 1,200 children and adults expected.

The new football facilities were being finalised: the pitches were ready, and the showers and management buildings should be completed by 25 July. The two remaining buildings – including the one next to the artificial pitch – were not fully finished but should be ready by September. In the meantime, the football club

was already training on the new pitch, although the first two matches would have to be played away from home until the necessary authorisations to host home matches were issued.

Councillor Laurent Braun (CSV) wanted to know if the Municipality regulated its staff's use of artificial intelligence (AI). He asked whether there were any official guidelines, particularly to prevent inappropriate AI use in sensitive contexts.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that there were no internal guidelines at that time, although AI was sometimes used for specific research. He suggested contacting the Association of Towns and Municipalities (Syvicol) to see if there was a consensus on the matter.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) intervened to add that this issue had also been discussed in Strasbourg within the framework of a committee. There, experts had emphasised the advantages of AI but had also underscored data security risks.

Councillor Paul Klensch (LSAP) added to this by recalling the recent discussion at the Intercommunal IT Management Association (SIGI) on "accelerated depreciation". He explained that he had seen a PowerPoint presentation showing numerous applications under development, but little concrete data. He invited the Council to organise an information session with SIGI. Mayor Nico Pundel (CSV) said he was in favour of this approach and stressed that the Municipality wanted to monitor the progress of these projects closely.

Still on innovation, Councillor Paul Klensch (LSAP) mentioned the recent opening of a "Makerspace" for children from Cycles 1 to 4 at the Technolink Centre in Luxembourg City. He suggested that the Municipality of Strassen visit this venue, draw inspiration from it, and study the feasibility of a similar project in the future school.

Alderwoman Anne Arend (CSV) took note of the proposal and confirmed that this matter would be discussed by the School Board. However, she emphasised that such projects relied heavily on teachers' enthusiasm.

Councillor Nicolas Kandel (DP) agreed, saying that only motivated teachers could bring these projects to life. He thought funding should not be an obstacle.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) added that there was already a contact person for such projects in each school administration (ICN) and that equipment (e.g. robots and programming kits) was available but insufficiently used.

Councillor Nicolas Kandel (DP) said the Ministry had already been providing equipment for several years.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then raised several local concerns. First, she demanded that shade be provided at the water playground: it was very popular but sorely lacking in shade.

She then pointed out that a bench along the footpath between Kiem and Rue de Merl had disappeared. An elderly local resident used it regularly, and she asked whether there were plans to replace it.

She then raised the issue of an abandoned house on Route d'Arlon, which had been squatted several times. Neighbours had seen regular intrusions and reported fires being lit inside.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that the Municipality had attempted to secure the premises but that the house was privately owned, so the Council's margin for manoeuvre was limited. The owner had been contacted and reminded of their maintenance obligations.

Another issue concerned buses parked on a former garage lot nearby. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked if this was legal and said residents had reported it as a nuisance. Mayor Nico Pundel (CSV) indicated that this was a temporary measure which had been authorised on a mobile basis pending a new Special Development Plan (PAP). He conceded that the situation was not ideal but felt that mobility should be a priority.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked whether relocation to a site such as "Kräizgrëndchen" would be feasible, because it would be less problematic for locals.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that the options were limited.

Councillor Marc Fischer (DP) emphasised the need to limit the duration of such arrangements and not to allow them to become indefinite.

Councillor Marc Fischer (DP) also pointed out that the street lighting at "Am Pescher 2" was too bright, making the area visible from a long way. He asked that this lighting be adjusted.

He also wanted an update on the karate hall project (which was due to be discussed at a future meeting) and on the new fire station, which had been on hold for some time.

Mayor Nico Pundel (CSV) said no solution had been found to resolve the issues relating to the fire station despite the efforts made.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) asked for details about the services provided by an official from Dudelange, who had been quoted in the press as having acted as an advisor to several municipalities on canteens and after-school care centres. She wanted to know if Strassen had used these advisory services and, if so, under what conditions. Mayor Nico Pundel (CSV) replied that the civil servant in question had carried out a few specific tasks for the Municipality of Strassen a long time ago and had not received any cash remuneration.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) said that the temperature in the karate hall rose rapidly in summer, reaching 27 or 29 degrees early in the morning already. One reason was that the windows closed automatically after a few minutes.

Alderwoman Anne Arend (CSV) responded that this problem had already been reported and that measures had been taken to keep the windows open for longer. She also announced the launch of a test phase to provide air-conditioning on certain school premises using an innovative system that had been developed locally.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) also referred to the recent heatwave and noted that the partial lifting

of compulsory schooling on the previous Wednesday afternoon had not been communicated to parents, meaning they had not kept their children at home. Mayor Nico Pundel (CSV) said that this issue had been communicated to the teachers.

Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that the aim was to avoid officially declaring the closure of the

school, but that parents had been free to keep their children at home. She also pointed out that specific measures had been taken: caretakers opened the windows very early in the morning, cross ventilation was ensured, cooler rooms were used for classes, activities took place in the woods, etc. Equipping certain buildings with sustainable air conditioning solutions was also under consideration.



COMMUNE DE
Strassen

